



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

67. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 11. April 2014, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt	
	Udo Pastörs, NPD 13
	Torsten Renz, CDU 14
	B e s c h l u s s 16
Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2014 und 2015) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/2815 – 3	Antrag der Fraktion DIE LINKE Rechtliche Regelungen zur Kinder- und Jugendgesundheit konsequent anwenden – schulärztliche Untersuchungen umfassend und flächendeckend durchführen – Drucksache 6/2825 – 16
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksache 6/2879 – 3	Simone Oldenburg, DIE LINKE 16
Torsten Koplin, DIE LINKE 3	Ministerin Birgit Hesse 17
B e s c h l u s s 3	Bernd Schubert, CDU 18
	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 20
	Julian Barlen, SPD 22
	Stefan Köster, NPD 24
	Torsten Koplin, DIE LINKE 24
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Zusammenarbeit mit Polen weiter vertiefen – Drucksache 6/2831 – 3	B e s c h l u s s 28
Dietmar Eifler, CDU 3	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zwischenlagerung von Castor-Behältern aus Sellafeld am Standort Lubmin eine klare Absage erteilen – Drucksache 6/2836 – 28
Minister Christian Pegel 5, 7	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7	
Helmut Holter, DIE LINKE 8	
Jochen Schulte, SPD 11	
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12	

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	28
Minister Lorenz Caffier	29, 30
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30, 35
Patrick Dahlemann, SPD	30
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	32
Michael Silkeit, CDU	32
Stefan Köster, NPD	34

B e s c h l u s s	36
-------------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Patientenrechte bei elektronischer

Gesundheitskarte gewährleisten

– Drucksache 6/2827 –	36
-----------------------------	----

Karen Stramm, DIE LINKE	36, 39
Ministerin Birgit Hesse	37
Bernd Schubert, CDU	37
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	38
Susann Wippermann, SPD	38
David Petereit, NPD	39

B e s c h l u s s	41
-------------------------	----

Nächste Sitzung

Mittwoch, 14. Mai 2014	41
------------------------------	----

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 67. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen worden ist und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2014 und 2015, auf Drucksache 6/2815, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 6/2879.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt
für die Haushaltsjahre 2014 und 2015
(Nachtragshaushaltsgesetz 2014 und 2015)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/2815 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
– Drucksache 6/2879 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Torsten Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf der Drucksache des Landtages 6/2879 liegen Ihnen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Finanzausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2013/2014 vor. Mit dem Gesetzentwurf soll die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden, mithin für die jährliche Auszahlung von 40 Millionen Euro in den Jahren 2014 bis 2017 geschaffen werden.

In der Sitzung am Mittwoch dieser Woche hat der Landtag diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung an den Finanz- und zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen. Bereits im Vorfeld hatten sich die Abgeordneten beider Ausschüsse interfraktionell darauf verständigt, noch im Anschluss an die Landtagssitzung eine gemeinsame Beratung durchzuführen, sodass wir schon heute die Zweite Lesung durchführen können. Ich danke an dieser Stelle allen am Verfahren Beteiligten für diese konstruktive Zusammenarbeit.

Der Finanzausschuss hat die kommunalen Spitzenverbände beteiligt und um eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gebeten. Sowohl der Landkreistag als auch der Städte- und Gemeindetag haben das vom Landtag und seinen Fachausschüssen gewählte verkürzte Beratungsverfahren ausdrücklich begrüßt. Sie haben ferner die schnelle Verabschiedung des Gesetzes zur Umsetzung der mit der Landesregierung getroffenen Vereinbarung und damit letztlich für die schnelle Auszahlung der Sonderhilfen befürwortet. Der Landkreistag hat zudem erklärt, dass ihn aus den Landkreisen keine negativen Hinweise in Bezug auf diesen Gesetzentwurf erreicht hätten. In der Beratung haben sich die Fraktio-

nen der SPD und CDU auch angesichts der befürwortenden Ausführungen der kommunalen Spitzenverbände für eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes ausgesprochen.

Seitens der Fraktion DIE LINKE wurde hinterfragt, wie der konkrete Betrag von jährlich 40 Millionen Euro zustande gekommen sei und wie sich die 5 Millionen Euro auf die Soziallasten genau verteilen würden, insbesondere ob der prozentuale Verteilungsschlüssel in den kommenden Jahren fortgeschrieben würde. Ferner wurde hinterfragt, ob die kreisumlagefähigen Mittel, soweit sie denn bei der kreislichen Ebene aufliefen, frei verfügbar wären oder vordergründig zur Schuldentilgung verwendet werden müssten. Hierzu hat das Innenministerium ausgeführt, dass sich die Soziallasten in 20,6 Prozent für die Kosten der Unterkunft, 66,8 Prozent für die Jugendhilfe und 12,6 Prozent für die Kosten der Nettosozialhilfe aufgliedern würden. Man habe die Verteilung in 2014 die Basis zugrunde gelegt, die man auch im Jahr 2013 für die Verteilung der 16 Millionen Euro im Rahmen der Sonderhilfen genutzt habe. Hierzu habe es auch einen Beschluss des Finanzausgleichsbeirates gegeben. Auf der kommenden Sitzung dieses Beirates werde sodann erörtert, wie die 5 Millionen Euro im Jahr 2015 und dann in den Folgejahren zu verteilen wären.

Der Landesrechnungshof hat betont, dass er für die Gewährung dieser zusätzlichen Sonderhilfen für die Kommunen keine Notwendigkeit sehe, vielmehr würden die vorliegenden empirischen Erhebungen keine Unterfinanzierung der kommunalen Ebene bestätigen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der mitberatende Innenausschuss einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes empfohlen. In seiner Beschlussempfehlung empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss nunmehr ebenfalls, den vorliegenden Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Die Beschlussempfehlung wurde insgesamt einstimmig angenommen. Insofern bitte ich auch Sie um Ihre Zustimmung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplín.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 auf Drucksache 6/2815.

Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/2879 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des

Gesetzentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/2815 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/2815 angenommen.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 28**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Zusammenarbeit mit Polen weiter vertiefen, auf Drucksache 6/2831.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Zusammenarbeit mit Polen weiter vertiefen
– Drucksache 6/2831 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Guten Morgen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 1. Mai jährt sich der Beitritt Polens in die Europäische Union zum zehnten Mal. Die CDU-Fraktion möchte dies als Anlass für den vorliegenden Antrag nehmen und auf die besonderen Chancen, die sich daraus für den strukturschwachen Osten unseres Landes ergeben können, hinweisen.

Im Großraum Stettin leben etwa 500.000 Menschen. Daraus können sich ungeahnte Impulse für die angrenzenden Regionen Mecklenburg-Vorpommerns ergeben, wenn es gelingt, durch eine intensivere Zusammenarbeit auf allen Ebenen bestehende Hemmnisse abzubauen oder zu beseitigen. Dafür ist es erforderlich, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen stärker als bisher in den landespolitischen Fokus zu rücken und auch ressortübergreifend zu berücksichtigen.

Der Ministerpräsident wies in einem Pressebericht am vergangenen Wochenende erneut auf die Bedeutung des Wirtschaftszentrums Hamburg für die Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern, besonders für Mecklenburg, hin. Die Aufmerksamkeit der Landesregierung war in den zurückliegenden Jahren häufig auf die Metropolregion Hamburg gerichtet. Ich möchte das überhaupt nicht kritisieren, weil das für die westlichen Teile von Mecklenburg-Vorpommern vollkommen richtig war. Auch dadurch ist die wirtschaftliche Situation dort so weit fortgeschritten, dass sie sich fast von alleine weiterentwickelt. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, verstärkt die Entwicklung der östlichen Landesteile in Angriff zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kooperationen mit unseren polnischen Nachbarn sind nicht nur eine Frage europäischer Verständigung. Die offenen Türen zu unseren europäischen Nachbarn müssen wir vor allem als Chance für eine konstruktive wirtschaftliche Zusammenarbeit begreifen. Polen ist mittlerweile der zweitwichtigste Handelspartner für Mecklenburg-Vorpommern. Fast zehn Prozent des gesamten Warenverkehrs sind auf Handelsbeziehungen mit unseren polnischen Nachbarn zurückzuführen. Im Jahre 2012 wurden Waren im Wert von 435 Millionen Euro aus Polen importiert und im Wert von 381 Millionen Euro exportiert.

Wir sind der Auffassung, dass der strukturschwächere Osten in unserem Bundesland noch stärker als bisher von dieser Zusammenarbeit profitieren muss. Dafür müssen bessere Voraussetzungen geschaffen und bestehende Hemmnisse abgebaut beziehungsweise beseitigt werden. Deshalb fordern wir die Landesregierung mit diesem Antrag auf, die grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen zu intensivieren, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur weiter voranzutreiben, die grenzüberschreitende Bildungszusammenarbeit auszubauen, unter Einbeziehung der kommunalen Ebene die Zusammenarbeit auf kultureller Ebene zu verstärken und mehr Anreize und Unterstützung für wissenschaftliche Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu schaffen.

Diese Aufforderung soll nicht bedeuten, dass die Landesregierung bisher vollkommen untätig war. Es gab in der Vergangenheit einige Programme, die durch das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern begleitet wurden, wie etwa der Bau der Europapromenade auf der Insel Usedom. Sie verbindet über zwölf Kilometer die Seebäder Bansin, Heringsdorf und Ahlbeck mit Swinemünde. Damit wird die Region ohne alte Grenzen als Ganzes attraktiv für Urlauber. Das ist ein wichtiger Beitrag für die touristische Wertschöpfung.

Daneben arbeitet Mecklenburg-Vorpommern in den Ausschüssen für grenznahe Zusammenarbeit, Raumordnungsfragen und Bildungszusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit. In diesem Zusammenhang wurde im November letzten Jahres im Rahmen der 5. Internationalen Konferenz für grenzüberschreitende Raumordnungsplanung zwischen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Woiwodschaft Westpommern ein Communiqué zur Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für die grenzüberschreitende Metropolregion Stettin unterzeichnet.

Kulturelle Kooperation wird auf Landesebene seit 2008 mit der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und der Robert Bosch Stiftung praktiziert. Im jährlichen Wechsel finden zwischen Deutschland und Polen die Deutsch-Polnischen Medientage statt. Dies geschieht mit einer gastgebenden Region: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen beziehungsweise Lebus Land, Niederschlesien oder Westpommern. Höhepunkt der Medientage ist die Verleihung des Deutsch-Polnischen Journalistenpreises für die besten Beiträge in den Kategorien Print, Hörfunk und Fernsehen.

Gleichzeitig sehen wir die möglichen Potenziale einer gemeinsamen Bildungszusammenarbeit. Grenzüberschreitende Projekte und bestehende Partnerschaften an den Hochschulen und Fachhochschulen können Impulsgeber für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung sowie kulturelle Entwicklung sein. Sie müssen zukünftig durch die Landesregierung mehr unterstützt werden.

Nicht unterschätzt werden darf auch eine Kooperation im Bereich der Schulbildung mit dem Ziel des Erlernens der Sprache des Nachbarn. Dies ist eine zwingende Grundlage für ein Zusammenwachsen der Grenzregionen. Durch das gegenseitige Sprachverständnis und den täglichen Umgang mit der Sprache des Nachbarn wird der Grundstein für zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen und Kooperationen gelegt.

Internationale Bildungszusammenarbeit schafft gegenseitiges kulturelles Verständnis und ist damit ein weicher, aber wichtiger Faktor, wenn es gilt, wirtschaftliche Beziehungen zu verbessern und zu vertiefen. Die Bildungszusammenarbeit mit Polen funktioniert im Kleinen bereits, ist aber nicht institutionalisiert. Um die Bildungszusammenarbeit zu stärken, muss das Land sie stärker fachlich begleiten und für eine Verstärkung durch langfristige Planungsgrundlagen sorgen. Sinnvoll ist es ebenfalls, sich im Deutsch-Polnischen Ausschuss für Bildungszusammenarbeit für einen grenzüberschreitenden Ausbau gemeinsam mit der polnischen Seite einzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Vorreiterrolle im Bereich der Schulbildung nehmen die Europäische Gesamtschule Insel Usedom und das Deutsch-Polnische Gymnasium Löcknitz ein. Beide bieten bereits seit Jahren das Erlernen der polnischen Sprache für deutsche Schüler bis hin zum Ablegen der Abiturprüfung an. Das Deutsch-Polnische Gymnasium Löcknitz praktiziert ein deutschlandweit einzigartiges Schulkonzept. Mehr als 50 Prozent der deutschen Schüler lernen dort Polnisch als erste oder zweite Fremdsprache. Gleichzeitig besuchen polnische Schüler das Gymnasium in Löcknitz und haben die Möglichkeit, die deutsche und polnische Hochschulzugangsberechtigung – das Abitur oder die Matura – zu erwerben.

Sicher ist es auch diesem Angebot zu verdanken, dass Löcknitz entgegen dem Trend anderer Städte in Vorpommern steigende Einwohnerzahlen zu verzeichnen und schon etwa 230 polnische Einwohner hat. In den umliegenden Dörfern ist der Anteil noch größer. Allein dieses Beispiel macht deutlich, welche Ausstrahlungswirkungen von der Metropolregion Stettin ausgehen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es existieren neben den bisherigen Aktivitäten der Landesregierung bereits vielfältige Kooperationen auf kommunaler oder ehrenamtlicher Ebene. Zum Beispiel gibt es über 100 kommunale Städtepartnerschaften, 70 Schulpartnerschaften und über 40 aktive Hochschulkooperationen. Bekannt geworden sind Projekte der POMERANIA im Bereich der Wirtschaft und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft im Bereich der Kultur. Daneben wird eine Vielzahl von kleinen, aber genauso wichtigen Projekten von unermüdeten Tägigen mit Leben erfüllt. Deren bisher erbrachte Leistungen für das Zusammenwachsen der Grenzregionen sollen durch diesen Landtagsantrag in keiner Weise in Abrede gestellt werden. Vielmehr möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen bisher in diesem Bereich Tätigen für ihre unermüdeten und unschätzbaren Leistungen zu danken. Vielen Dank, dass Sie mit so viel Kreativität und Engagement gemeinsame Projekte entwickelt, aufgebaut und über Jahre gepflegt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion sieht es aber als notwendig an, dass die bisherige Arbeit aller in diesem Bereich Tätigen zukünftig stärker durch die Koordinierung der Landesregierung unterstützt und ausgebaut wird. Ebenso müssen neue Pläne und Konzepte entwickelt werden, um das große Ziel der stärkeren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu erreichen. Das ist eine so bedeutende Aufgabe, die nicht allein von Einzelnen geleistet werden kann, deshalb bedarf es des verstärkten und ressortübergreifenden Engagements der Landesregierung. Genau diese Unterstützung fordern wir mit diesem Antrag ein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Eifler.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Energieminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einen wunderschönen guten Morgen. Auch ich freue mich, dass der vorliegende Antrag Anlass bietet, um über den aktuellen Stand – das ist eben schon ein ganzes Stück weit geschehen – der deutsch-polnischen Nachbarschaft zu berichten, Resümee zu ziehen und natürlich auch, um einen kleinen Überblick zu geben, welche vielfältigen Initiativen wir bereits vorfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für alle Landtage und alle Landesregierungen seit der Gründung unseres Bundeslandes war und ist das gute Verhältnis zu unseren polnischen Nachbarn fester Bestandteil unseres politischen Handelns und ein besonderer Schwerpunkt unserer auswärtigen Beziehungen, die insbesondere in der Staatskanzlei gestaltet werden, aber natürlich auch in allen Ministerien und im Übrigen auch im Landtag selbst mit seinen Gremien praktiziert und umgesetzt werden, gerade erst durch den Energieausschuss im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien.

Die schon 1991 begründeten ersten regionalen Partnerschaften haben sich ausgezeichnet entwickelt und es ist insbesondere die wichtigste Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft gewachsen – Vertrauen. Daran haben im Übrigen viele Menschen, viele einzelne Personen beiderseits der Grenze mitgewirkt. Der besondere Dank soll an dieser Stelle deshalb auch gerade diesen vielen Engagierten beiderseits der Grenze gelten, ohne die dieses ganz wesentliche Vertrauen für die Nachbarschaft nicht hätte entstehen können.

Heute haben wir dank des vielfältigen Engagements in Kommunen, in Verbänden, in Vereinen, aber auch von ganz vielen Einzelpersonen enge Partnerschaften mit den Woiwodschaften Westpommern und Pommern. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, mit den Nachbarn jetzt diese vertrauensvollen Bindungen zu pflegen. Und dabei ist klar, Pflege braucht Austausch, Austausch natürlich auch in der Sprache, indem man wechselseitig Sprachkompetenz hat. Dieser Austausch findet aber auch jetzt schon vielfältig statt.

Dieser Pflege und der Betonung der besonderen Bedeutung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diene auch der zweitägige Besuch des Ministerpräsidenten Anfang Oktober des vergangenen Jahres in Warschau. In diesem Rahmen war der Ministerpräsident im Übrigen auch am 3. Oktober 2013 gemeinsam mit dem deutschen Botschafter in Polen Gastgeber anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in der dortigen Botschaft.

Der Austausch hat aber auch längst den Alltag der Menschen im Grenzraum erreicht. Es ist zwischenzeitlich – Sie haben es angesprochen – völlig normal, dass im früheren Uecker-Randow-Kreis polnische Nachbarn zur gelebten Selbstverständlichkeit in den Gemeinden gehören.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Es ist ebenso gelebter Alltag, dass Menschen beiderseits der Grenze Stettin inzwischen als wesentliches Zentrum der gemeinsamen Region sehen und im Übrigen auch für sich nutzen. Und es ist normal, dass wichtige Aufgaben als gemeinsam zu erfüllen angesehen und entsprechend zusammen erledigt werden. Zum Beispiel sind polnische und deutsche Feuerwehren gemeinsam zur Stelle, wenn es darum geht, Leben zu retten.

In unserer gemeinsamen Grenzregion hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein dichtes und vor allem lebendiges Netzwerk zwischen Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern und aus den Woiwodschaften Westpommern und Pommern entwickelt. Da sind ganz viele auch sehr persönliche Kontakte und Freundschaften zwischen Menschen beiderseits der Grenze entstanden. Ebenso entstanden ganz enge Verbindungen zwischen Kommunen, aber auch zwischen Schulen und Hochschulen, zwischen Kirchen, zwischen Vereinen, zwischen Museen und ganz aktiv auch zwischen Archiven, beispielsweise unserem Landesarchiv mit Standort in Greifswald und dem Staatsarchiv in Stettin.

Ein gelungenes Beispiel für eine besonders erfolgreiche Zusammenarbeit, das ich immer wieder gerne betone und als Chef der Staatskanzlei auch gerne wiederholt besucht habe, ist das Haus der Wirtschaft in Stettin. Deutsche und polnische Unternehmen gleichermaßen erhalten dort hoch kompetente Beratungen und praktische Tipps und Hilfen für den wirtschaftlichen Alltag beiderseits der Grenze für unser gemeinsames Wirtschaftsinteresse in eben dieser grenzüberschreitenden Region. Allein im ersten Halbjahr 2013 sind dort über tausend Kontakte und Kooperationen vermittelt worden. Die Ganzjahreszahlen liegen ja leider noch nicht vor, können aber ganz entspannt mindestens verdoppelt werden.

Polen – auch das klang eben schon an – ist für uns als Mecklenburg-Vorpommern heute der zweitwichtigste Handelspartner. Der gemeinsame Austausch, damit ist nicht nur der Warenaustausch gemeint, steigt im Übrigen stetig. In den letzten zehn Jahren hat sich das Handelsvolumen auf die eben genannte Position verdreifacht – zweitwichtigster Handelspartner.

Ein weiteres, außerordentlich gelungenes gutes Beispiel für die Zusammenarbeit – im Übrigen von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und unseren polnischen Nachbarn – ist das Netzwerk zur Telemedizin. 35 Kliniken aus unserem Bundesland und aus dem benachbarten Brandenburg haben sich gemeinsam mit unserem polnischen Nachbarn in der Euroregion POMERANIA zum medizinischen Austausch vernetzt und arbeiten heute mit diesen intermediären Möglichkeiten eng zusammen. Es besteht damit die Möglichkeit, das Fachwissen in der sehr dünn besiedelten Region beiderseits der Grenze im Interesse unserer gemeinsamen Patienten für die verschiedenen Interessen in dieser Fläche nutzbar zu machen.

Im Bildungsbereich finden Sie heute schon vitale, von deutscher und polnischer Seite gleichermaßen getragene Aktivitäten. Die Akteure vor Ort leben jeden Tag diese deutsch-polnische Nachbarschaft ganz selbstverständlich. Diese intensive Zusammenarbeit, diese Netze des Wissens werden sich mittelfristig auch nachhaltig positiv auf unsere gemeinsame Wirtschaft in der

Region auswirken. Gerade ein zunehmend entstehender gemeinsamer Arbeitsmarkt einer zukünftigen Metropolregion Stettin wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen diesseits und jenseits der Grenze steigern, denn der Fachkräftemangel ist längst kein deutsches oder polnisches, sondern ein gemeinsames Problem.

Die ermutigenden Ansätze und Signale der Verständigung aus der jüngeren Zeit gilt es zu stärken, und ich bin dankbar, dass der Antrag genau das bezweckt. Ich nenne beispielhaft die Entwicklung abgestimmter Bildungskonzepte für den durchgängigen Unterricht der Nachbarsprachen im Landkreis Vorpommern-Greifswald, aber natürlich auch in der Woiwodschaft Westpommern. Ihre Umsetzung in zwei unterschiedlichen Bildungssystemen ist allerdings – das gehört zur Wahrheit auch dazu – voller Herausforderungen. Auch das Treffen von 19 Rektorinnen und Rektoren der Oder-Partnerschaft im November 2013 in der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald zum Aufbau eines Wissenschaftsnetzwerkes für die engere Zusammenarbeit in Lehre und Forschung sowie zum Austausch von Studierenden und natürlich auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geht in die gleiche Richtung: durch eine intensivere deutsch-polnische Bildungszusammenarbeit immer mehr Brücken über unsere Grenze hinweg zu bauen.

Im Infrastrukturbereich, ich glaube, der wurde noch nicht erwähnt, konnten in den vergangenen Jahren im Übrigen zahlreiche Projekte sowohl durch INTERREG-Möglichkeiten, insbesondere durch die POMERANIA-Region, zur Verbesserung der Straßen und anderen Verkehrswege im Grenzbereich realisiert werden. Insgesamt sind es im Übrigen fast 9,5 Millionen Euro, die in den vergangenen Jahren dort investiert worden sind.

Um ein Stück weit sprichwörtlich Brücken zu bauen, haben wir auch das Verkehrsprojekt „Karniner Brücke“, dem wir gleichermaßen eine deutsch-polnische Verbindungsfunktion zuschreiben, für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Es bleibt nunmehr dem Bund überlassen, darüber zu befinden, ob er unsere Einschätzung teilt.

All diese Beispiele verdeutlichen, unsere Nachbarschaft lebt von ganz vielen sehr verschiedenen Protagonisten. Und auch nur so kann das gewachsene Vertrauen ausgebaut und gepflegt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen Grenzregion hat sich inzwischen zu einer ganz festen Größe entwickelt und im Übrigen zu einem verlässlichen Partner nicht nur für unsere Zusammenarbeit, sondern für die gesamte deutsch-polnische, also auf die Bundesregierung bezogene Zusammenarbeit. Diese vertrauensvolle Partnerschaft zu stärken, so habe ich es verstanden, ist erklärtes Ziel dieses Antrages, dafür herzlichen Dank. Und dieses Ziel, meine Damen und Herren, ist im Übrigen jede Mühe wert, denn für uns ist klar, wir leben in einer gemeinsamen Region. Bei allem, was wir planen, bei allem, was wir unternehmen, müssen wir immer auch an unsere Nachbarn denken und überlegen, wie sich das beiderseits der Grenzregion auswirkt.

Tourismus haben Sie angesprochen, Verkehrsverbindungen, Gesundheit, Klima- und Umweltschutz und im Übrigen ganz verstärkt auch die erneuerbaren Energien. Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben, bei denen

wir gemeinschaftlich deutlich mehr erreichen können als jeder von uns für sich allein, und zwar erreichen können in der Sache, aber natürlich auch in der Nachbarschaftspflege und in der Vertrauenspflege. Ideen kommen in solchen Konstellationen zusammen, ergänzen sich, spornen sich hoffentlich auch gegenseitig an. In so einer Grenzregion steckt schlicht auch viel Innovationskraft, wenn man ganz viele kulturelle Zusammenhänge zusammenbindet. Das wollen wir weiter für uns gemeinsam nutzen.

Zusammenarbeit öffnet, sie öffnet den Blick für den Nachbarn und sie öffnet – viel wichtiger noch – den Pfad für Vertrauen. Ein weiterer positiver Schritt dazu – auch schon angeklungen – wird die Bildung der gemeinsamen Metropolregion Stettin sein. Derzeit wird ein Entwicklungskonzept für die grenzüberschreitende Metropolregion Stettin erarbeitet. Dazu konnten wir im November 2013 auf der 5. grenzüberschreitenden Raumplanungskonferenz in Stettin erste Ergebnisse vorstellen. Von Anfang an sollte einer der Schwerpunkte der grenzüberschreitenden Metropolregion in den erneuerbaren Energien liegen. Das ist im Übrigen im Energieausschuss auch schon praktizierter Alltag.

Im Rahmen der Konferenz wurde im Übrigen ein Komunique zwischen Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und dem Vizemarschall der Woiwodschaft Westpommern zum Stand der Arbeiten an diesem gemeinsamen polnisch-deutschen Konzept für die grenzüberschreitende Entwicklung der Metropolregion Stettin unterzeichnet. Damit wird unter anderem bekräftigt, dass die bisherigen Planungen und Themen weiterentwickelt und durch weitere gemeinsame Themenfelder ergänzt werden sollen. Das Entwicklungskonzept soll bis Ende 2014 vorgelegt und dann natürlich in einem laufenden und fortzuschreibenden Prozess über konkrete Projekte umgesetzt werden, so im Übrigen beispielsweise auch über Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien.

Welche Dynamik, auch das ist angeklungen, eine solche Metropolregion hat, wissen wir aus unserer Mitgliedschaft in der Metropolregion Hamburg, die ja zu Beginn von manchen kritisch beäugt worden ist und heute deutlich an Fahrt gewonnen hat.

Die fachliche Zusammenarbeit für das Konzept einer gemeinsamen Metropolregion Stettin hat längst begonnen. Dabei sollen natürlich alle bisherigen Erfahrungen, gerade auch unsere im Hamburger Raum, in die Erarbeitung des Konzeptes einbezogen werden. Wir werden damit einen weiteren wichtigen Schritt für die positive Entwicklung unserer gemeinsamen Grenzregion entwickeln. Ich freue mich, das gemeinsam zu tun. Sie haben mit dem Antrag einen weiteren Baustein dafür gelegt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und höre jetzt aufmerksam zu.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Jaeger?

Minister Christian Pegel: Gern.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Sie hatten die Karniner Brücke erwähnt, das hat

mich natürlich sehr gefreut. Können Sie noch weitere Ausführungen dazu machen,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wie Sie die Realisierungschancen für dieses Projekt sehen und ob wir eine Chance haben, das jetzt darüber durchzusetzen?

Minister Christian Pegel: Das will ich gern bemühen.

Es gibt intensive Kontakte von einem Europaabgeordneten aus dem Stettiner Raum, der anregt, ganz bewusst zwei Verkehrsprojekte, die die Insel Usedom sowohl auf der polnischen als auch auf der deutschen Seite betreffen, zusammenzubinden und sich intensiv zu bemühen, auf europäische Mittel zurückzugreifen.

Unser erster Schritt ist allerdings, das ist für mich vorrangig, in den Bundesverkehrswegeplan zu kommen. Das ist die Voraussetzung überhaupt, um mit dem Bund ernsthaft über diese Dinge zu verhandeln. Da werden wir hoffentlich im laufenden Jahr – vielleicht aber erst kommenden Jahr, je nachdem, wann die Schienenwege dort bewertet werden – wissen, ob der Bund seinerseits dieses Projekt in den Bundesverkehrswegeplan aufnimmt.

Im zweiten Schritt geht es dann um die Finanzierung. Aber da gibt es durchaus von polnischer Seite ganz engagierte Bemühungen zu überlegen, ob man zwei Projekte, ein polnisches Projekt, das ebenfalls diesen Bereich erschließen würde – zumindest besser erschließen würde als bis jetzt –, und unser Projekt, unser Bahnprojekt „Karniner Brücke“, zusammenbindet.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Minister Christian Pegel: Lassen Sie uns da aber gern abwarten, vor allen Dingen, was der Bundesverkehrswegeplan macht. Der ist für uns leider das Nadelöhr, durch das wir zuallererst müssen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Minister Christian Pegel: Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Minister ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ach, Quatsch, Entschuldigung!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Doch, doch! Das geht.)

Jetzt war ich etwas irritiert. Wir hatten nämlich hier gerade eine Geschäftsordnungsfrage. Entschuldigung!

Erst mal schönen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Eifler, Sie erinnern ganz bewusst an den 1. Mai 2004, und in diesem Jahr jährt sich zum zehnten Mal der Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie den Antrag gestellt haben. Ich will das hier so deutlich sagen, genauso, wie das Minister Pegel gemacht hat.

Ich bin der Überzeugung, dass uns Demokraten eins eint, nämlich, dass die Grenze zwischen Deutschland und Polen an der Oder und an der Neiße eine unverrückbare Grenze – das sage ich ganz bewusst zu Ihnen, die ja diese Grenze infrage stellen, das gehört dazu, wenn wir heute darüber debattieren –,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir in der Beziehung zur Republik Polen diese Grenze als unverrückbar und als endgültig anerkennen. Das will ich hier noch mal deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jedem Revisionismus oder Revanchismus muss hier eine klare Absage erteilt werden. Ich sage das auch vor dem zweiten Hintergrund, weil ich 2003/2004 unter anderem in Polen, aber auch hier in Mecklenburg-Vorpommern genau über die Frage der Chancen und Risiken des Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Union

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

auf Foren und anderswo gesprochen habe. Da erinnern wir uns: Was war denn 2003 und 2004 die Debatte? Polnische Arbeitskräfte würden den deutschen Markt überschwemmen, würden den Deutschen hier in Mecklenburg-Vorpommern die Arbeit wegnehmen. Da kann man jetzt nach zehn Jahren, das konnte man schon nach zwei Jahren sagen, es gab ja noch Begrenzungen, aber das kann man nach zehn Jahren

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

doch mit vollem Bewusstsein sagen: All das ist nicht eingetreten, sondern wir freuen uns darüber, dass Unternehmerinnen und Unternehmer aus Polen sich hier in Mecklenburg-Vorpommern engagieren. Wir freuen uns darüber, dass Polinnen und Polen in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten und dass auch einige wenige, ich komme im Einzelnen noch mal darauf zurück, einige wenige auch in Polen arbeiten können. Das alles, glaube ich, gehört zur Bilanz. Das muss man grundsätzlich, wenn man über solche ausländischen Beziehungen spricht, voranstellen.

Die Frage ist eben: Was macht die Grenzen aus? Da will ich eine Schriftstellerin, Anke Maggauer-Kirsche, zitieren, und diese Schriftstellerin sagt, Zitat: „Wir Menschen sind die wirklichen Länder, die Grenzen dazwischen werden von uns gemacht.“ Das, glaube ich, ist der Appell, den wir beachten müssen im Zusammenhang mit dieser Debatte. Und Herr Pegel ist auch genau darauf eingegangen.

Ich will die Fragen stellen: Wird es eine Zeit geben, in der Grenzen keine Rolle mehr spielen? Wird es eine

Zeit geben, wo in Räumen, wo in Regionen und nicht mehr in Nationalitäten gedacht wird? Wird es eine Zeit geben, wo das Wohl aller Menschen unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder Religion das oberste Ziel ist, ohne kleinteiliges ökonomisches Denken? Wenn wir einen solchen Ansatz wählen – und ich unterstelle oder gehe davon aus, bin sogar der Überzeugung, dass Demokraten so denken –, ist aber die Frage, ob wir in der Gesellschaft insgesamt so weit sind. Das wird ein weiter, weiter Weg sein. Es wird auch eine Aufgabe derer sein, die nach uns geboren werden, eine Aufgabe für die kommenden Generationen. Aber den Grundstein haben wir schon gelegt und den müssen wir weiter ausbauen. Darüber wird heute zu diskutieren sein.

Das hat nicht nur etwas mit friedlicher Koexistenz zu tun, sondern das kann man insbesondere durch enge vertrauensvolle Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen machen. Und ich füge hinzu, das hat auch etwas mit zwischenmenschlichen Beziehungen zu tun, ob man sich versteht. Das hat auch etwas mit Sprache zu tun. Wir, die Fraktion DIE LINKE hier im Landtag, stehen ohne Einschränkungen für diese Zusammenarbeit und für diese Beziehung mit der Volksrepublik Polen und mit den Polinnen und Polen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin Ihnen dankbar, ich sage das ganz bewusst, dass Sie das Thema aufgesetzt haben. Wir können nicht oft genug darüber reden, weil es wichtig ist zu analysieren, was erreicht wurde, aber auch der Landesregierung klare Aufträge mitzugeben, aufzufordern und zu ermahnen. Bei allem, was erreicht wurde – Herr Pegel, Sie haben das sehr diplomatisch ausgedrückt –, es gibt viele Dinge, die wir noch anpacken müssen. Das Brett ist richtig, richtig dick.

Und, Herr Renz und Herr Eifler, Sie hatten es ja in Ihrer Pressemitteilung vom 28. März so formuliert, ich darf das zitieren: „Die Zusammenarbeit mit Polen ist eine besondere Chance für den strukturschwachen Osten unseres Landes. Deshalb muss erkennbar mehr dafür getan werden, dass das Land diese Chance auch nutzt. Diesen deutlichen Arbeitsauftrag erteilen wir der Landesregierung.“ Jetzt erspare ich mir die Replik auf die gestrige Debatte, aber ich halte es schon für wichtig, dass wir gemeinsam die Herausforderungen erkennen – man könnte jetzt auch negativ sagen, die Defizite, aber ich will das bewusst als Herausforderung beschreiben –, die wir gemeinsam, und da liegt auch die Betonung, die wir gemeinsam anpacken sollten. Es ist die Aufgabe des Parlamentes, genau diese Herausforderungen und damit die Aufgaben und die Vorhaben zu beschreiben, Aufträge zu erteilen und den Handlungsbedarf deutlich zu machen.

Ja, es geht um grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung, es geht um die Telemedizin und, Minister Pegel hat es angesprochen, es geht um das Einzugsgebiet von Rettungswagen. Es wäre absurd, wenn eine Grenze zwischen zwei Nationalstaaten daran hindern sollte, Leben zu retten. Das kann ich mir gar nicht vorstellen, weil das nicht mein Verständnis von einem einheitlichen und einem gemeinsamen Europa ist. Aber es gibt darüber hinaus weitere Themenfelder. Wenn ich mir diese Bereiche anschau, dann will ich zu den einzelnen auch etwas sagen.

Was die CDU gern macht, ist, dass sie immer mit 2006 beginnt, aber die Zusammenarbeit mit der Republik Polen, Herr Pegel ist darauf eingegangen, hat schon sehr früh begonnen. Ja, sogar mit der ersten Regierung, die sich in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 gebildet hat.

(Torsten Renz, CDU: Wo haben wir 2006 das gemacht?)

Ja, das geht aus Ihrem Antrag hervor.

Deswegen ist es genau das, was es gegeben hat und was es heute schon nicht mehr gibt. Ich darf daran erinnern, dass es mal eine gemeinsame Ausbildung von polnischen Jugendlichen in der Berufsausbildung gegeben hat, in Rothenklempenow. Diese Möglichkeiten gibt es zurzeit nicht mehr – schade, weil sich dort, nicht nur in der Ausbildung, Menschen nähergekommen sind und eine junge Generation herangewachsen ist, die genau das gelebt hat, worüber wir hier heute alle sprechen.

Deswegen meine ich auch, Herr Eifler und Herr Pegel, wir müssen berücksichtigen, dass es in Polen ein anderes politisches System gibt. Das haben wir gar nicht zu kritisieren, sondern wir müssen es nur berücksichtigen. Damit werden Sie in Ihrer Tätigkeit, sowohl als Chef der Staatskanzlei als auch als zuständiger Minister, aber auch andere Fachminister natürlich, immer wieder konfrontiert. Das weiß ich ja, denn Polen ist eben ein zentral geführter Staat und wir sind ein föderaler Staat.

Wenn die Entschließungen, von denen Sie gesprochen haben – Berlin, Brandenburg und die Woiwodschaft Westpommern –, dann verabschiedet sind, heißt es noch lange nicht, dass die Zentralregierung in Warschau das genauso umsetzen wird, wie es jetzt aus der Region gewollt wird. Das wissen wir doch alle. Wir wissen aber auch, dass oftmals polnische Vertreterinnen und Vertreter zu uns, zur Landesregierung, zu Parlamentariern oder auch zu anderen kommen und sagen, macht euch doch mal stark, damit Warschau sich in der einen oder anderen Frage bewegt. Ist doch so. Und das, glaube ich, muss man einfach berücksichtigen. Das hat auch mit dem Thema Metropolregion zu tun.

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir doch alles mit der polnischen Regierung besprochen, als ich beim Empfang in der Botschaft war.)

Ich kritisiere das doch gar nicht, ich kritisiere das doch gar nicht, Herr Glawe.

(Vincent Kokert, CDU: Nein, bisher gab es nur Lob, da muss ich Sie unterstützen.)

Ich beschreibe doch ausschließlich – Herr Glawe, ich weiß gar nicht, warum Sie sich jetzt aufregen –, ich beschreibe nur eine Problematik und wer der Adressat der Politik sein muss.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Der Adressat müssen sowohl der Marschall und der Sejmik in der Woiwodschaft Westpommern sein als auch die Zentralregierung. Das ist meine Botschaft. Dass Sie das gemacht haben, weiß ich doch. Das erkenne ich auch an, darum geht es.

Und wenn denn Mecklenburg-Vorpommern das Land zwischen den Metropolen ist, im Westen Hamburg, im Süden/Südosten Berlin, im Osten Szczecin und im Norden Kopenhagen und Malmö beispielsweise, dann ist doch die Frage, wie die Akademie für Nachhaltige Entwicklung sagt: Verstehen wir uns als Garten der Metropolen und nutzen wir die Beziehung zu diesen Metropolen? Die Erfahrungen aus der Metropolregion Hamburg oder im Bereich der Gesundheitswirtschaft – BioCon Valley mit ScanBalt – bedeuten ja, da liegen Entwicklungschancen. Mein Petition besteht darin, genau diese Chancen zu nutzen. Ich werde nicht müde zu sagen, dass sich diese Chancen auch in dem Großraum Stettin befinden und wir sie gemeinsam heben müssen.

Dann kommt aber Folgendes, dass die Autorin Katharina Legnowska in einem Artikel feststellt: „Metropolregion Stettin endet an der Grenze“. Und der Direktor des Amtes für Stadtplanung in Stettin, Tomasz Banach, kommt zu dem Urteil, Zitat: „Der Gesetzgeber beachtet den grenzübergreifenden Aspekt in den derzeitigen Gesetzentwürfen zur Definition einer Metropole nicht ... Also dürfen deutsche Gemeinden formal nicht in die Metropolregion einbezogen werden ...“

Nun baue ich auf das auf, was Herr Pegel hier ausgeführt hat. Ich habe ja in der Vergangenheit auch an dem Thema gearbeitet – unter anderem ein Grund für meine Leidenschaft, weil ich wirklich der Überzeugung bin, es liegt eine Chance für Vorpommern in dieser Metropolregion. Deswegen ist es notwendig, dies aufzuknacken, dass auch die polnische Seite, und zwar von dem rechtlich-politischen Status her, sagt, ja, wir beziehen die deutschen Gemeinden in die Metropolregion ein. Darum geht es doch. Und das, glaube ich, muss man allen klarmachen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Deswegen können wir dann auch entsprechende Erfolge erzielen.

Genau dazu, Herr Glawe, bin ich der Meinung, müssen die nächsten Besuche in Warschau genutzt werden, um hier wieder Druck zu machen, zu sagen, nicht nur mit den starken Industriegebieten Polens gibt es deutsch-polnische Kooperationen, sondern es gibt sie auch im Norden. Da haben wir eine Kooperation und da haben wir ein ureigenes Bedürfnis und Erfordernis für unsere Landesentwicklung. Deswegen ist es wichtig, gerade im Machtzentrum, und zwar der polnischen Zentralregierung, entsprechend aktiv zu werden.

Ich will einen Bereich ansprechen, der nur kurz von den Vorrednern reflektiert wurde, das ist der Verkehrsbereich. Nach unserer Sicht muss der grenzüberschreitende Zugverkehr bedeutend ausgebaut werden und dann muss dem auch entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Regine Lück, DIE LINKE: Völlig richtig.)

Wir wissen doch, wie es mit den Radwegen zwischen Pasewalk und Stettin aussieht. Da muss schleunigst gearbeitet werden, damit diese Lücken geschlossen werden.

Und die Diskussion über die Öffnung des Grenzüberganges Ahlbeck/Świnoujście, die Öffnung dieses Grenzüberganges für den Lkw-Verkehr begleitet uns schon, ich weiß nicht, wie viele Jahre. Wir wissen, dass es von polnischer Seite immer wieder gefordert wird. Wir wollen

aber auf der anderen Seite nicht, dass die Insel Usedom, eines unser Urlaubszentren, durch überhöhten, verstärkten Lkw-Verkehr belastet wird. Es gibt also unterschiedliche Interessen. Die auszugleichen, das kann man in einer Metropolregion und auch mit einer gemeinsamen Entwicklungsplanung für diese Region. Dazu muss man dann natürlich entsprechende Lösungen finden. Dass das immer Kompromisse sind, das, glaube ich, muss ich hier nicht im Einzelnen erläutern.

Nun will ich, meine Damen und Herren, etwas zum Erlernen der polnischen Sprache sagen. Da, meine ich, ist noch viel, viel zu tun. Da ist wirklich noch Luft nach oben. Sie, SPD und CDU, haben im Koalitionsvertrag geschrieben: „Die Bildungszusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Polen wird als besonderer Schwerpunkt weitergeführt. Dabei werden Förderinstrumente der Europäischen Union verstärkt genutzt, um Kooperationsprojekte in der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung durchzuführen.“ Ende des Zitats. Das ist Punkt 200 Ihres Koalitionsvertrages.

Wie sieht die Realität aus? Am 23. September 2010 hat sich der vierte Ausschuss für Bildungszusammenarbeit konstituiert. Nachdem etliche Schulleiterinnen und Schulleiter die Arbeit dieses Ausschusses kritisiert hatten, tagte dieser nach längerer Pause wieder. Es gibt also viel zu tun. Das ist genau das, was Herr Pegel angesprochen hat. Wie ist es denn mit den einheitlichen Bildungsstandards für das Erlernen der Fremdsprache Polnisch? Das hat wieder etwas mit dem Rechtssystem zu tun, aber es hat auch etwas damit zu tun, was wir in Mecklenburg-Vorpommern – aber nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, wie ich erfahren habe –, in Sachsen und Brandenburg tatsächlich praktizieren. Es gibt nämlich keine Möglichkeit, durchgängig vom Kindergarten bis zum Abitur Polnisch zu erlernen – funktioniert nicht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Schade, schade.)

Gerade mal 14 von 92 allgemeinbildenden Schulen im Landkreis Vorpommern-Greifswald haben überhaupt ein Sprachlernangebot für die polnische Sprache, davon lediglich 6 Schulen in Form von Fremdsprachenunterricht. Wenn also unsere jungen Leute die zukünftigen Träger der deutsch-polnischen Kooperation, des Zusammenlebens ohne Grenzen werden sollen, dann, glaube ich, sind wir sehr wohl aufgefordert, mehr zu tun, dass die Kinder in der Schule Polnisch lernen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Völlig richtig.)

An anderen 8 Schulen gibt es Arbeitsgemeinschaften, in denen Polnisch als Sprache angeboten wird. Es gab von 2007 bis 2010 ein bilinguales Projekt mit dem Titel „Mehrsprachige Erziehung in Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen“. Dieses Projekt war durch Fördermittel finanziert. Ich arbeite mit anderen aus diesem Raum im deutsch-polnischen Kuratorium zusammen, da ist dieses Thema immer wieder angesprochen worden. Es hat aber nicht dazu geführt, dass die Landesregierung bereit war, weiter Geld bereitzustellen, damit in Kindergärten Polnisch weitervermittelt werden kann.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Wir haben mal darüber geredet.)

Das ist nach meiner Auffassung ein Skandal: Projekt zu Ende, Fördermittel weg, erledigt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Regine Lück, DIE LINKE: Ja.)

Wenn wir so mit dem Thema umgehen, meine Damen und Herren, dann werden wir die Appelle, die wir alle hier formulieren, in keiner Weise umsetzen können. Wir sind der Überzeugung, wir müssen Polnisch tatsächlich von der Kita über die Grundschule und die Sekundarstufe bis hin zum Abitur anbieten.

(Stefan Köster, NPD: Und die
deutsche Sprache abschaffen.)

Dann werden wir also eine Sprachvermittlung haben, damit sich unsere deutschen Jugendlichen auf Polnisch, und zwar frei auf Polnisch mit ihren polnischen Freundinnen und Freunden unterhalten können. Deswegen geht es nicht nur um kurzfristige Lösungen, sondern es geht erst mal um ein Prinzip. Und das ist eine Frage, die meines Erachtens von der Landespolitik nicht nur beantwortet werden muss, sondern hier muss tatsächlich gehandelt werden. Dann sind wir wieder bei der Frage: Was darf es denn kosten? Wenn ich das will, dann muss sich das auch entsprechend in den Haushalten widerspiegeln.

Ein dritter Schwerpunkt, den ich ansprechen will, ist die Kultur. Da läuft viel, das ist auch bekannt. Und ich meine schon, dass gerade über das emotionale Moment der Kultur viel erreicht werden kann, Partnerschaften ausgebaut und entwickelt werden können. Das hat eben etwas damit zu tun, ob es gemeinsame Ausstellungen gibt und ob man gemeinsam über Regionalgeschichte spricht – nicht so, wie die NPD das tut, wo irgendjemand vereinbaren will, das ist meine Geschichte.

Nein, es gibt eine gemeinsame Geschichte. Diese gemeinsame Geschichte zu diskutieren und sie auch zu vermitteln und dann gemeinsam Schlussfolgerungen aus der Regionalgeschichte zu ziehen, damit sich das, was mal war, nicht wiederholt, das, glaube ich, ist eine Herausforderung, vor der wir stehen, oder dass eben gemeinsame Kulturpreise ausgelobt oder interkulturelle Veranstaltungen gefördert werden. Es ist aber alles eine Frage – ja, Ideen gibt es genug –, aber es ist immer noch eine Frage, ob es gewollt ist, diese Ideen umzusetzen und diese auch finanziell zu unterstützen.

Es ist richtig, dass auf dem Weg der Raumordnung, meine Damen und Herren, schon seit Jahren zusammengearbeitet wird und dass Raumordnung an den Grenzen zwischen Polen, in dem Falle Westpommern, und Mecklenburg-Vorpommern nicht halt macht. Hier geht es tatsächlich darum, die INTERREG-Projekte und die Möglichkeiten, die die europäische Förderkulisse bietet, tatsächlich auszunutzen, um diese Dinge voranzutreiben.

Dann kommen wir zu solchen Themen, wenn in Świnoujście ein Ölhafen gebaut wird, welche Auswirkungen hat das auf Mecklenburg-Vorpommern, wie geht es dann auf Usedom und Wolin weiter in der Zusammenarbeit im Tourismus oder insgesamt in der maritimen Raumordnung, die ja auch in dem Landesraumentwicklungsprogramm entsprechend abgebildet ist, um mal einige Beispiele zu nennen. Es geht also darum, die Planung und Entwicklung sowohl auf der polnischen Seite als auch auf der deutschen Seite, auf der mecklenburg-vorpommerschen Seite zu berücksichtigen und

diese abzubilden und den Menschen zu vermitteln. Darin liegt die Chance.

Wenn es um Energiekonzepte geht, Herr Minister Pegel hat darüber gesprochen, dann ist es nach meiner Auffassung genau der richtige Weg. Sie haben das hier ausgeführt, dass auch der Energieausschuss in diese Fragen ganz konkret eingebunden wird. Jüngst gab es ja eine Beratung – in Neustrelitz war das wohl, Bollewick und Neustrelitz am 1. und 2., wenn ich mich richtig erinnere –, wo genau über diese Strategien und diese Fragen gesprochen wurde. Ich halte das für vollkommen richtig, weil Politik hier vorangehen und deutlich zeigen muss, in welche Richtung sich Wirtschaft und auch Bildung und Kultur tatsächlich entwickeln und wie sie zusammenarbeiten sollen.

Und wenn es um die Wirtschaft geht, bin ich froh über das Haus der Wirtschaft in Stettin. Das deklinieren wir ja alle durch und das finde ich auch vollkommen in Ordnung. Aber wenn man sich mit den wirtschaftlichen Aktivitäten in Westpommern beschäftigt, dann bekommt man gesagt und mitgeteilt, dass sich Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern am geringsten dort engagieren, in der Regel sind es andere Unternehmen. Da müssen wir uns mal fragen, ob denn die Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern dies nicht viel stärker nutzen und das Oberzentrum Szczecin annehmen sollten, damit dieser Anspruch an das Oberzentrum auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin. Ich bin der CDU, ich wiederhole mich gern, dankbar, dass sie es aufgesetzt hat.

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben sich auch inhaltlich sehr mit unserem Antrag auseinandergesetzt. Vielen Dank.)

Ich bin dankbar, dass die Republik Polen seit zehn Jahren zur Europäischen Union gehört. Ich baue darauf, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen, damit diese Zusammenarbeit weiter ausgebaut wird

(Beifall Vincent Kokert, CDU)

und sich die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland weiter festigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur in der Grenzregion zu Stettin, nicht nur in Vorpommern allein, sondern in unserem ganzen Land, erwarten etwas von uns. Sie erwarten etwas von der Politik, die wir letztendlich auch in diesem Haus machen, die diese Landesregierung macht, die alle demokratischen Fraktionen hier betreiben, egal, ob sie in der Regierungsverantwortung stehen oder in der Opposition. Sie erwarten letztendlich, dass wir die Bedingungen für das Leben, für die Arbeit

der Menschen in diesem Land verbessern, dass wir die Zugänge zu Chancen vereinfachen, dass wir Potenziale, die in diesem Land bestehen, nutzen – und das ganz konkret im täglichen Leben.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir auch feststellen, wenn wir uns tatsächlich einmal von außen betrachten, wenn wir unser Land sehen, dass sowohl Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern als auch das westliche Pommern um die Metropole Stettin letztendlich im europäischen Maßstab viel zu klein sind, um die Probleme, die sich uns stellen, und die Chancen, die wir alle haben, alleine erfolgreich zu nutzen, um sich im europäischen Maßstab zu positionieren.

Deswegen, sehr geehrte Kollegen, lassen Sie mich zu Beginn etwas sagen. Ich bin von einer Sache fest überzeugt – und ich hatte sowohl bei der Rede des Kollegen Holter als auch bei den Ausführungen des Kollegen Eifler den Eindruck, dass diese Position von allen hier im Hause geteilt wird –, die Überzeugung, die ich habe, ist: Gemeinsam, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden wir das besser können, das gilt für uns, das gilt für die polnische Seite, als dass es jeder für sich alleine kann.

Wir leben in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt, aber insbesondere in der Region Vorpommern in einer gemeinsamen Grenzregion. Wir haben tatsächlich viele gemeinsame Interessen. Gemeinsam, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird es uns leichter fallen, die Ressourcen für Wissenschaft und Innovation in unserem Land mit unseren polnischen Freunden zu erschließen, genauso, wie es der polnischen Seite leichter fallen wird, ihre Potenziale zu erschließen. Gemeinsam, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, können wir den Menschen in unseren Regionen Arbeit und Existenz sichern und bieten. Und ich denke, das ist eine gemeinsame Basis, auf der es sich gut arbeiten lässt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben es bereits geschafft, dass wir die gemeinsame Region international im Ostseeraum touristisch platzieren können. Wenn Sie außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns sind, wenn Sie zum Beispiel die Chance haben, sich auf Veranstaltungen zu informieren, mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Teilen Europas in die Diskussion kommen, dann werden Sie schon heute erfahren, dass die Südliche Ostsee nicht mehr als Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen wird. Die Südliche Ostsee wird nicht als westliches Polen wahrgenommen, als Region um Stettin, sondern sie wird letztendlich als gemeinsame Region auch im touristischen Maßstab wahrgenommen.

Das zeigt uns ganz deutlich, dass der Fokus für unsere weitere Arbeit, wenn wir sie denn erfolgreich gestalten wollen, in der gemeinsamen Kooperation zwischen der Region Westpommern in Polen und Mecklenburg-Vorpommern liegt und dass letztendlich – da kann ich nur die Ausführungen des Ministers Herrn Pegel unterstützen – eine grenzüberschreitende Metropolregion Impulse für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region setzen kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich gibt es Gemeinsamkeiten und natürlich gibt es auch unterschiedliche Positionen. Aber wenn wir sehen, wie sich auch im westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg das Verhältnis zwischen

Frankreich und Deutschland normalisiert hat, dann gehört zur Normalität eben auch, dass man unterschiedliche Positionen im Respekt vor dem anderen, im Respekt um das Wissen der Gemeinsamkeit letztendlich ausdiskutiert. Und dieses werden wir, dieses müssen wir erreichen und das haben wir auch zum großen Teil schon mit unseren Freunden auf der polnischen Seite erreicht.

Natürlich gibt es im Bereich, ich will jetzt nur ein Beispiel nennen, der Verkehrsinfrastruktur unterschiedliche Interessen. Auf der einen Seite ist die polnische Seite, die die Nord-Süd-Verkehre gern entweder über die Häfen Stettin, Swinemünde oder auch über Danzig laufen lassen will, auf der anderen Seite die Interessen im Bereich der verkehrlichen Entwicklung in unserem Land mit seinem Hafen um Rostock. Aber letztendlich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gibt es auch dort Gemeinsamkeiten, weil erst mal geht es darum, dass die entsprechenden Verkehre von Nord- nach Südeuropa überhaupt entwickelt werden. Das ist das gemeinsame Interesse, an dem man zusammenarbeiten kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, und es ist auch hier schon angesprochen worden, dass wir erfolgreich zusammengearbeitet haben. Erfolgreich zusammengearbeitet worden ist auch auf der kommunalen Ebene. Und wir haben ja, auch das ist bereits angesprochen worden, insbesondere im Bereich des vorhandenen oder des abgelaufenen INTERREG-A-Programmes in der Förderperiode von 2007 bis 2013 insgesamt über 130 Millionen Euro an europäischen Mitteln zur Verfügung gehabt und diese auch tatsächlich vollständig ausgeschöpft für gemeinsame Projekte in unserem Land – Projekte, die die Bereiche Gesundheitswirtschaft, Tourismus, aber auch die gemeinsame Geschichte umfasst haben.

Ich denke, da komme ich zurück auf die Worte des Kollegen Holter, man muss sich natürlich immer der gemeinsamen Geschichte bewusst sein, um auch eine gemeinsame Zukunft entwickeln zu können. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist letztendlich das, was Normalität auszeichnet. Es ist letztendlich auch das, was die Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Polen eröffnet.

Vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, weil ich auch nicht das wiederholen will, was dankenswerterweise von meinen Vorrednern schon gesagt worden ist, bitte ich Sie über alle Fraktionsgrenzen hinweg um ein gemeinsames deutliches Positionssignal in Richtung unserer polnischen Freunde und um die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mecklenburg-Vorpommern und Polen sind beide Ostseeanrainer und auch unmittelbare Nachbarn. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird von uns Bündnis-

grünen sehr begrüßt und auch unterstützt. Als Mitglied des Parlamentsforums Südliche Ostsee liegt mir die Kooperation mit Polen besonders am Herzen.

Bisher hat die Landesregierung zu sehr nach Hamburg geschaut, der östliche Teil des Landes und Kooperationsmöglichkeiten mit Stettin kamen etwas zu kurz. Eine stärkere Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit Stettin und der Umgebung, also der Woiwodschaft Westpommern, ist aus unserer Sicht wünschenswert. Die Stadt Stettin ist bereits mit der politischen Wende Anfang der 90er-Jahre und dann natürlich, wie gesagt, seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 von einer nationalen Randlage in eine Position zunehmender nationaler und grenzüberschreitender Verpflichtung gerückt.

Neubrandenburg liegt an Stettin mit einer Luftlinie von rund 87 Kilometern wesentlich näher als an Hamburg mit einer Luftlinie von 216 Kilometern. Was ich entscheidend hierbei finde, ist eine freundschaftliche, gute wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen auf Augenhöhe. 2012 haben Polen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ein Entwicklungskonzept für eine grenzüberschreitende Metropolregion Stettin erarbeitet und eine Absichtserklärung verabschiedet. Das Entwicklungskonzept soll möglichst bis Ende 2014 noch abgeschlossen werden.

Mit INTERREG 5A fördert die Europäische Union die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Förderzeitraum 2014 bis 2020 einmal für die Kooperation zwischen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Woiwodschaft Pommern sowie für die Kooperation im Bereich der Südlichen Ostsee.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Durch die Schaffung einer grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin können wir stärker die europäischen Mittel für die entwicklungsfähige Region nutzen.

Im Bereich Forschung und Technik sowie Offshorewindenergie haben wir gute Möglichkeiten, noch enger mit der polnischen Seite zu kooperieren. Beispielsweise der Tourismus bietet gute Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es fehlen aber bilaterale Fahrradwege. Ein gutes Beispiel ist, wie ich finde, der in Kooperation mit Großschutzgebieten im brandenburgischen Bereich befindliche Deutsch-Polnische Nationalpark Unteres Odertal, den ich recht gut kenne, weil ich dort gearbeitet habe.

Es ist an der Zeit, dass die östlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns stärker im Fokus stehen. Während unser Bundesland der Metropolregion Hamburg beigetreten ist, ist die Zusammenarbeit mit Polen durchaus noch ausbaufähig. Auf vielen Ebenen klappt die Kooperation allerdings bereits ganz gut. Es gibt eine Reihe von Akteuren, Institutionen und Organisationen, für die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits Realität ist, und zwar in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Wellness, Arbeitskultur, Arbeitsmarkt, Bildung, Umwelt und Naturschutz. Für uns ist Polen der zweitwichtigste Handelspartner. Aus polnischer Wirtschaftssicht stellt Deutschland ex- und importseitig sogar international den wichtigsten Geschäftspartner dar.

Das Haus der Wirtschaft in Stettin fordert die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und polni-

schen Unternehmen. Das ist an dieser Stelle durchaus wichtig. Projektträger ist die IHK in Neubrandenburg. Sie wird durch die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern finanziell unterstützt. Im Haus der Wirtschaft geht es unter anderem um Vermittlung von Kooperationspartnern, Beratung zu Firmengründungen, Informationen zu Wirtschaftsstandorten entlang der Grenze, also ganz praxisnahe Unterstützung.

Am 6. August letzten Jahres haben wir eine Veranstaltung in Neubrandenburg gemeinsam mit Frau Dr. Agnes Kriszan von der IHK Neubrandenburg, unserem Europaabgeordneten Reinhard Bütikofer und Vertretern der POMERANIA zum Thema „Perspektiven grenzüberschreitender wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ durchgeführt. Die IHK Neubrandenburg unter Federführung von Frau Dr. Kriszan organisiert seit 2001 in Stettin monatlich den Deutsch-Polnischen Wirtschaftskreis. Mit unseren polnischen Partnern haben wir Europa unmittelbar vor der Haustür. Über die kommende Europawahl können wir über die Parlamentarier direkt Einfluss nehmen auf die Politik in unserer Grenzregion. Wir stimmen diesem Antrag sehr gern zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gute Nachbarschaft zu unseren Nachbarn, nicht nur zu Polen, sondern auch zu unseren anderen Nachbarn in Europa – und wir sind hier das Land mit den meisten Nachbarn aus Gründen unserer zentralen Lage – ist sehr, sehr wichtig und ist auch Voraussetzung für ein gedeihliches, friedliches und prosperierendes Zusammenleben nicht nur im wirtschaftlichen Bereich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Einmal
Kreide gefressen heute Morgen? –
Heinz Müller, SPD: Kreidefelsen.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundlage guter Nachbarschaft ist natürlich erstens, dass jeder bemüht ist, zunächst einmal nach dem Grundsatz zu handeln, dass er Mein und Dein unterscheiden kann. Und wenn Sie hier das Loblied auf die deutsch-polnische Beziehung singen, dürfen Sie natürlich nicht die Probleme ausblenden, sondern dann müssen Sie auch den Mut haben, unserem polnischen Nachbarn zu sagen, wie es nicht funktionieren kann. Und da will ich Ihnen einige Beispiele nennen.

Wenn Sie, wenn wir Deutsche, die Vertreter der offiziellen Stellen, begrüßen, dass zum Beispiel im polnischen Randgebiet auf deutscher Seite sich in den letzten zehn Jahren Hunderte Firmen niedergelassen hätten, dann sollten Sie auch sagen – und da sind die polnischen Unternehmer ehrlicher –, dass sie dies nicht tun, um in Deutschland Wertschöpfung zu generieren, sondern die sagen das ganz offen, Produktion in Polen und wir nutzen die deutsche Adresse, Zitat, „eines Unternehmers, weil man da bei Ausschreibungen und beim Marketing ganz einfach bessere Chancen hat“. Zitatende.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist doch gar nicht so schlecht.)

Das heißt also, die Zuverlässigkeit, der Ruf der deutschen Wirtschaft, der deutschen Gewerbetreibenden wird hier missbraucht aus unserer Sicht, um etwas vorzutäuschen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

was objektiv nicht vorhanden ist, nämlich auf deutscher Seite, in Deutschland Investitionen, Wertschöpfung,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wenn das Produkt
schlechter wäre, würde es keiner kaufen. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und dann mit deutschem Label in Polen hergestellt in die ganze Welt, nach Europa zu exportieren.

Der zweite Punkt ist Infrastruktur. Wenn Sie sich mit der Position des polnischen Verkehrsministeriums einmal näher auseinandersetzen, dann werden Sie bemerken, dass die Polen bestrebt sind, natürlich die Infrastruktur zu verbessern, aber nur insofern, als dass sie sich massiv auf die Unterstützung der EU abstützen wollen und möglichst bei grenzüberschreitenden Projekten die Kosten sehr einseitig auf die deutsche Seite bemüht sind zu verschieben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Können Sie dazu Beispiele nennen
oder ist das eine pure Behauptung?)

Ja, die Riesenprobleme bei der Lkw-Abfertigung in den letzten fünf Jahren sind maßgeblich finanziert worden mit deutscher Unterstützung

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist Quatsch.)

aus dem deutschen Steuersäckel und aus der EU, wo wir auch wiederum –

(Heinz Müller, SPD: Lkw-Abfertigung?
Wovon reden wir überhaupt?)

die gibt es noch –, wo wir auch wiederum, meine sehr verehrten Damen und Herren, den größten Batzen zahlen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja wohl ein
Quatschbeispiel. Ja, das machen wir immer.
Das ist immer, wenn man gemeinsam das
macht, dann bezahlen beide. Also das ist eine
glatte Lüge, die man da von sich gegeben hat.)

Der nächste Punkt ist zum Beispiel der Ausbau der deutsch-polnischen Forschungsk Kooperation. Auch da haben wir eine Einseitigkeit bei den Finanzmitteln, und das, finde ich, ist langfristig keine Basis, um von ausgewogener, gleichberechtigter, guter Kooperation mit unseren polnischen Nachbarn zu sprechen.

(Thomas Krüger, SPD:
Das sehen aber nur Sie so.)

Herr Holter sprach an, dass in deutschen Schulen mehr Polnischunterricht angeboten werden sollte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da hat er recht.)

Herr Holter, darüber könnte man reden, wenn die deutschen Schulen auch hier in Mecklenburg-Vorpommern so ausgestattet wären, dass wir zunächst einmal die jungen Menschen befähigen, vernünftig Deutsch schreiben und lesen zu lernen.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Die offiziellen Zahlen der Landesregierung sagen uns, dass in Mecklenburg-Vorpommern bei einer Bevölkerung von 1,6 Millionen Einwohnern um die 130.000 sogenannte funktionale Analphabeten leben. Und das zeigt mir, bevor ich denn die Fremdsprache Polnisch auf den deutschen Lehrplan setze, muss ich zunächst einmal dafür sorgen, dass die deutschen Schülerinnen und Schüler vernünftig Deutsch lesen und schreiben gelernt haben.

Dann der wichtigste Punkt für mich ist die wirtschaftliche Bilanz, die wirtschaftliche Entwicklungsperspektive für Deutschland, für Mecklenburg-Vorpommern. Und da haben wir, was unser Bundesland angeht, natürlich ein Handelsbilanzdefizit, was die Außenhandelsbilanz angeht. Das ist etwas, wo ganz massiv aufgepasst werden muss, dass wir da nicht noch in größere Schiefelage geraten, denn wir importieren relativ viel mehr aus Polen als wir exportieren. Und eine unausgeglichene Handelsbilanz ist in übertriebenem Maße sowohl positiv wie negativ gesehen schädlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da spricht der Chefökonom aus Lübtheen.)

Und um zu Herrn Holter noch mal zu kommen: Herr Holter, Sie sprachen von der Oder-Neiße-Grenze, von der Friedensgrenze. Ja, das hat auch Herr Honecker immer so bezeichnet und Ihre roten Sprüche

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

werden dadurch nicht besser, wenn Sie sie wiederholen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wollen Sie die Grenze infrage stellen? Wir warten da die ganze Zeit drauf.)

Ja, ich komme gleich zu der Grenze. Ich sage Ihnen, die Grenze ist völkerrechtswidrig.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Protokoll!)

Protokoll: Sie kann und soll – und wir wollen das auch nicht mit Gewalt – verändert werden. Aber das Unrecht der Vertreibung und die Grenzziehung ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Udo Pastörs, NPD: ... an der Oder/Neiße sind völkerrechtswidrig, und das werden wir als Nationalisten niemals akzeptieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und setzen!
Sehr schön, da haben wir doch noch
mal was fürs Protokoll. Sehr schön.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die rote Lampe kam noch nie so günstig wie eben bei meinem Vorredner. Das war richtig passend.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er konnte seinen regen Ansatz zumindest noch mal aufrufen, aber glücklicherweise hat das Timing nicht so gepasst bei ihm, sodass uns der Rest dann hier an dieser Stelle erspart blieb.

(Udo Pastörs, NPD: Das war
die demokratische Hygiene.)

Ich möchte heute an dieser Stelle zu diesem Antrag mit einem kurzen Zitat beginnen aus der OZ vom 5./6. April mit einem kleinen Beispiel, das sich auf dieses Thema bezieht: „Karlshagen: Diese Frau ist ein Energiebündel. Irene Räther, die morgen ihren 88. Geburtstag feiert, fährt jede Woche mindestens dreimal nach Swinemünde, am Lenkrad ihres eigenen Volkswagens, versteht sich.“

(Heinz Müller, SPD: Alte Sozialdemokratin.)

„Dienstag, Mittwoch und Donnerstag packt sie Bücher und leicht verständliche Zeitungsartikel ein, um jungen wie älteren Menschen jenseits der Grenze die deutsche Sprache nahezubringen.“ Diese Frau ist Mitglied der SPD und in diesem Fall ist das auch gut so.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das schadet auch nicht, ne?)

Diese Frau hat Folgendes erkannt – und ich hoffe, dann ist das hier im Hohen Plenum auch so bei den entsprechenden Fraktionen –, diese Frau hat Folgendes erkannt, und das will ich hier meinem Redebeitrag voranstellen, dass im Prinzip die kleinen Bausteine wichtig sind, um das große Ganze zusammenzuhalten, dass ich aber auch eine gewisse Gefahr sehe, wenn die Ansätze zu global sind und diese kleinen einzelnen Bausteine vergessen werden. Und das vergisst diese Frau nicht. Das ist Punkt eins. Und Punkt zwei ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Katharina Feike, SPD:
Ich werde es ihr ausrichten.)

Beruhigen Sie sich mal wieder!

(Katharina Feike, SPD, und
Thomas Krüger, SPD: Wir freuen uns doch.)

Nur weil ich jetzt mal einen Sozialdemokraten zitiert habe, ist das schon mal ein guter Einstieg sicherlich für Sie in den Tag.

Der zweite wesentliche Punkt ist doch der ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es ist immer ein
Haken dabei, der kommt bestimmt noch. –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das haben Sie richtig erkannt, Herr Nieszery, da ist auch tatsächlich ein Haken dabei, und der Haken ist nämlich folgender, dass dieses Beispiel sehr deutlich zeigt,

dass die wesentliche Voraussetzung und die Grundlage das Thema Sprache und Bildung ist. Das ist bis auf einen Redner hier, von Herrn Holter, gar nicht aufgegriffen worden,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das stimmt ja gar nicht. Da haben Sie nicht zugehört.)

aber das ist unter anderem ein großer Schwerpunkt in diesem Antrag, den wir hier heute diskutieren, dass wir das Thema Bildung, auch die kleinen Kooperationen vor Ort möglicherweise noch besser ausgestalten müssen, und dazu soll dieser Antrag einen wesentlichen Beitrag leisten. Ich will auch in Richtung von Herrn Holter sagen, der richtigerweise hier vielleicht aus seiner Sicht den Hinweis gegeben hat mit dem Jahr 2006, dass das nicht der Beginn der Zusammenarbeit war.

Herr Holter, ich möchte Sie bitten, das nicht überzubewerten. Das ist tatsächlich so, dass es hier so formuliert ist, da haben Sie recht. Fakt ist, dass es ein viel, viel längerer Zeitraum ist. Ich denke, da sind wir uns einig. Aber ich habe auch von Ihrer Fraktion im Archiv einen Antrag aus dem Jahr 1996 gefunden, aus der Zeit, in der Sie ja in der Opposition saßen und wo dann das Parlament diesem Antrag parteiübergreifend gefolgt ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Tatsächlich? –
Regine Lück, DIE LINKE:
Das waren noch schöne Zeiten.)

Insofern freue ich mich, dass es heute an dieser Stelle bei diesem Antrag auch so ist, dass Sie und die GRÜNEN unsere Initiative hier unterstützen.

Aber wie ging es dann weiter? Daran will ich an dieser Stelle noch mal kurz erinnern, wenn ich 1996/1997 aufrufe. Von 1997 bis 2004 haben wir über dieses Gremium Landtag eine Zusammenarbeit mit den Polen im Bereich der Woiwodschaft Westpommern und Pommern gepflegt, insbesondere mit der Schwerpunktsetzung in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Tourismus. Das hat unter anderem dazu geführt, dass es im Jahre 2001 eine Partnerschaftvereinbarung mit der Woiwodschaft Westpommern gab und im Jahr 2004 dann eine gemeinsame Erklärung mit der Woiwodschaft Pommern.

Ich selbst war in dieser Phase um 2002/2003 mit eingebunden in diese Arbeitsgruppen, die dieses Thema mit Leben erfüllt haben. Ich kann mich da – und da muss ich mal so ein bisschen zur Seite schauen – auch noch an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erinnern mit der jetzigen Finanzministerin.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben das immer so ein bisschen betont unter dem Motto der „Verlässlichkeit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit“, wenn du dich daran erinnern kannst, und das war auch eine sehr gute Sache.

Ich will aber für mich festhalten, dass solche aktive Politik, die wir hier als Landtag begleitet haben, die Tatsache der Zusammenarbeit mit ganz anderem Leben erfüllt hat als das, was ich heute für mich persönlich wahrnehme. Das kann möglicherweise damit zusammenhängen, dass ich nicht mehr so unmittelbar eingebunden bin in die Aktivitäten, die jetzt über die Ostseeparlamentarierkonferenz laufen. Es hat mich aber dann im Zusammenhang

mit unserem Antrag, mit unserer Initiative tatsächlich doch noch mal dazu animiert, vielleicht etwas intensiver darüber nachzudenken und auch etwas intensiver nachzuforschen, wie sich diese neue Zusammenarbeit, die wir ab 2004 auf dieses Parlamentsforum Südliche Ostsee gehoben haben, ob das tatsächlich in allen Punkten so gut ist, wie wir uns das denken, weil ich doch die Gefahr sehe, wenn wir etwas global betrachten und in diesem Bereich global agieren, dass möglicherweise der eine oder andere Punkt im Bereich der bilateralen Zusammenarbeit nicht mehr ganz so intensiv abgearbeitet wird. Ich fühle mich da auch in meinen Gedankengängen oder in meiner Auffassung etwas bestärkt, wenn ich noch mal erinnern kann an die Berichte der Ostseeparlamentarierkonferenz, die wir hier in diesem Hohen Hause diskutieren.

Es wird ja immer so gemacht, dass die Präsidentin einen entsprechenden Bericht hält und wir den zur Kenntnis nehmen, sodass ich schon glaube, dass die eigenen Aktivitäten dort etwas gedämpft in diesen Prozess eingebracht werden. Wenn man dann in diese Berichte schaut, ich habe das noch mal extra getan, weil ich sage, wenn ich politisch handele, möchte ich auch konkrete Dinge vollziehen, da fiel mir sehr stark auf, dass wir in unseren Berichten – und da möchte ich an uns alle appellieren, dass es da vielleicht wieder etwas mehr Bewegung gibt, obwohl es natürlich bei dieser Vielzahl der Partner auch etwas schwieriger ist, weil wir Kompromisse finden müssen – Formulierungen haben, wie „es ist erforderlich“ oder „es wird an die Regierung appelliert“, das ist auch richtig so, oder „wir sind der Auffassung“. Aber wenn an die Regierung appelliert wird, dann, glaube ich, kommt es jetzt darauf an – und dazu ist unser Antrag da –, dass aus diesem Appellieren noch mehr konkrete Handlungen erwachsen.

Auch hier fiel mir auf, das will ich zumindest anmerken, dass die Redebeiträge des Ministers und des Mitglieds der SPD-Fraktion ausschließlich darauf abgezielt haben, die Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft zu betrachten.

(Jochen Schulte, SPD: Das läge bei ihnen in der Natur der Sache.)

Ich glaube, wir können das jetzt als Aufgabenteilung hier mal betrachten, dass wir als CDU jetzt auch diesen Bereich Bildung wieder etwas verstärkt in den Vordergrund rücken wollen. Deswegen habe ich aus meiner Sicht noch mal das Beispiel mit der SPD-Dame vor Ort hier gebracht, um zu zeigen, dass auch Sie da mit im Boot sind. Aber wir bei unserem Regierungshandeln und hier im Landtag müssen aufpassen, dass wir diese Zusammenarbeit eben nicht nur betrachten im Bereich Wirtschaft. Und der Minister hat berichtet, hat gesagt, er will Bilanz ziehen. Dazu möchte ich die Regierung – und dazu dient der Antrag – auch auffordern, dass wir an dieser Stelle die Sache nicht stoppen, sondern dass wir Punkt 3, sprich den Blick in die Zukunft, auch mehr diskutieren. Hier sind wir auf dem Weg, dass wir – der Minister hat es ausgeführt – die Projektskizze zum deutsch-polnischen Entwicklungskonzept der grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin diskutieren mit klaren Ansagen, mit klaren Aufträgen.

Im Jahre 2014 wird es Ergebnisse geben. Aber wenn Sie dann in diese Erklärung und in diese Vereinbarung schauen, dann werden Sie keinen Punkt finden, der

explizit das Thema Bildung aufruft. Ich glaube, das ist ein Fehler. Das Thema Bildung setzt sich logischerweise aus mehreren Parametern zusammen. Deswegen finden Sie – und da bin ich dankbar, dass wir so einen Antrag einbringen können – unter dem Punkt II ganz klar definiert das Thema „Hochschulen und Wissenschaft“, was, wie gesagt, in dieser Projektskizze keine Abbildung findet. Und was mir persönlich dann auch sehr, sehr wichtig ist, ist der Punkt III, wo es noch mal explizit um das Thema Schule geht. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren, das sollte auch Schwerpunkt sein, untersetzt mit konkreten Maßnahmen.

Und wenn Herr Holter zu Recht hier unsere Koalitionsvereinbarung im Punkt 200 zitiert hat, wo es nämlich um diese Tatsache geht, Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Zusammenarbeit im Bereich Schule, dann sage ich Ihnen, Herr Holter, genau das ist es, was die CDU-Landtagsfraktion hier beabsichtigt, dass das untersetzt wird, so, wie es richtigerweise angemahnt werden muss, untersetzt werden muss anhand von Projekten, die dann ausfinanziert werden müssen. Dazu dient dieser Antrag.

Ich sehe das ähnlich wie in der gestrigen Debatte, meine Position hat sich da nicht geändert. Wenn es zum Beispiel um Berufsschulen geht, dann geht es um eine Gleichberechtigung von Praxis und Theorie, das heißt von Wirtschaft und Bildung. Und wir alle sind uns immer einig, dass Bildung den Schlüssel für die Zukunft, für den Erfolg darstellt. So ist auch dieser Antrag zu verstehen, dass wir gleichberechtigt den schon gut entwickelten Bereich Wirtschaft weiter intensivieren, aber den Bereich Bildung möglicherweise auf eine neue Stufe heben durch konkretes Handeln.

Ich danke Ihnen, dass wir so eine große Übereinstimmung hier im Parlament erreicht haben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/2831. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/2831 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Rechtliche Regelungen zur Kinder- und Jugendgesundheit konsequent anwenden – schulärztliche Untersuchungen umfassend und flächendeckend durchführen, Drucksache 6/2825.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Rechtliche Regelungen zur Kinder- und Jugendgesundheit konsequent anwenden – schulärztliche Untersuchungen umfassend und flächendeckend durchführen
– Drucksache 6/2825 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern – das Gesundheitsland, Mecklenburg-Vorpommern – das Land mit den Kindergesundheitszielen „Chancengleich gesund aufwachsen“,

(Udo Pastörs, NPD: Mann, Mann, Mann!)

Mecklenburg-Vorpommern – das Land, das in seinem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie in der Schulpflegeverordnung die Schuluntersuchungen der Kinder und Jugendlichen unter anderem in den Jahrgangsstufen 4 und 8 rechtlich eindeutig regelt, Mecklenburg-Vorpommern – das Land, das genau dieses Recht nicht einhält, das Land, das schlicht seine Kinder nicht umfassend untersucht.

Das Gesundheitsland hat es vor drei Jahren unglaublicherweise gerade einmal geschafft, in Nordwestmecklenburg die beachtliche Anzahl von fünf Kindern der Klassenstufe 4 und zwei Kindern der Klassenstufe 8 zu untersuchen. Das Gesundheitsland kam den selbst gestellten Pflichten in diesem Zeitraum lediglich bei rund 30 Prozent der 14-Jährigen und bei circa 50 Prozent der 10-Jährigen nach. Ich rede hier nicht über eine freiwillige Leistung, nicht über ein zusätzliches Angebot, sondern unser Antrag beschäftigt sich damit, dass das Land seine Pflichtaufgabe nicht erfüllt und wir die Regierung auffordern, diese grobe Fahrlässigkeit umgehend zu beenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Regine Lück, DIE LINKE: Richtig.)

Wer die Gesundheit seiner Kinder derart links liegen lässt, wer sein eigenes Recht nicht umsetzt, der ist weit von dem Recht entfernt, sich mit den Bezeichnungen „Gesundheitsland“ oder „Kinderland“ zu schmücken.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie will Mecklenburg-Vorpommern seine Kindergesundheitsziele umsetzen, wenn es nicht einmal weiß, wie krank seine Kinder sind? Den Schülerinnen und Schülern helfen keine wohlfeilen Ankündigungen oder gar ein Kinder- und Jugendgesundheitsbericht, dem die Datengrundlage fehlt, aber aus dem die ehemalige Sozialministerin ableitet, dass der Bericht zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Den richtigen Weg beweist sie unter anderem daran, dass sich der Gebisszustand der Schülerinnen und Schüler sowohl der Klassen 1 bis 4 als auch der 5. und 6. Klasse kontinuierlich verbessert hat. Richtig, genau von den 60 Prozent, die man lediglich untersucht hat, kann man das ganz eindeutig ableiten. Die Logik der Landesregierung besteht nämlich darin, dass der Gebisszustand gesünder wird, je weniger Mädchen und Jungen untersucht werden. Und mit diesen Erkenntnissen geht man dann auch noch hausieren, erstellt Berichte und ist auf dem richtigen Weg.

Der richtige Weg ist hier nur der eine: Die Landesregierung muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit jedes Jahr jedes Kind von Klasse 1 bis 12 zahnärztlich untersucht werden kann. So besagt es das Gesetz. Aber auch davon ist man weit entfernt. In Nordwestmecklenburg, Rostock oder auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim untersuchte man lediglich jedes vierte Kind. Und wenn man seine eigenen Erhebungen ernst nehmen würde, hätte der Regierung auffallen müssen, dass in Schwerin 116 Prozent der Kinder und Jugendlichen untersucht wurden. Hier macht Übertreibung anschaulich,

aber nur anschaulich, wie achtlos man mit Daten und Untersuchungen umgeht.

Achtlos ist die Landesregierung auch bei der Umsetzung der gesetzlichen Pflicht, Förderschülerinnen und Förderschüler jährlich ärztlich untersuchen zu lassen. Diese Kinder werden weder jährlich noch flächendeckend in den Jahrgangsstufen 4 und 8 untersucht.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Richtig. Das ist unmöglich.)

Auch das ist ein Gesetzesverstoß.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist ein Skandal!)

Mecklenburg-Vorpommern hält diese gesetzliche Pflicht wissentlich nicht ein, ignoriert sie sogar und versucht es weiterhin unter dem Mantel bedrückter Mienen und Ausreden auch noch zu erklären und zu rechtfertigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Antwort auf eine unserer Kleinen Anfragen heißt es, ich zitiere: „Die Landesregierung registriert mit Sorge, dass die schulärztlichen Untersuchungen nicht vollständig durchgeführt werden ... Trotz intensiven Bemühens ist es den jugendärztlichen Diensten der Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte nicht möglich, die schulärztlichen Untersuchungen in vollem Umfang durchzuführen. Die Stellenpläne der Landkreise und kreisfreien Städte ... lassen dies nicht zu.“ Ende des Zitats.

(Regine Lück, DIE LINKE: Traurig, traurig.)

Sie betrachten also mit Sorge, dass Sie nicht handeln. Sie betrachten mit Sorge, dass die Finanzausweisungen des Landes an die Kreise und kreisfreien Städte zu gering sind, um weitere Ärztinnen und Ärzte sowie Arzthelferinnen einzustellen. Sie wissen, das belegen Sie in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, dass zehn weitere Stellen notwendig wären, um allein die Schuluntersuchungen flächendeckend durchführen zu können. Sie wissen das und schaffen weder die Rahmenbedingungen für die Realisierung dieser Pflichtaufgabe, noch ergreifen Sie Maßnahmen, um auf die Umsetzung der so wichtigen Untersuchungen hinzuwirken.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Kann man nicht verstehen.)

Aber anstatt zu handeln, lenken Sie ab und gaukeln mir in der gleichen Antwort vor, ich zitiere, dass sich die Landesregierung „in der Umsetzung notwendiger Maßnahmen zur Erhöhung der Lebenskompetenzen, zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten und für mehr Bewegung gestärkt“ sieht. Ende des Zitates und Ende meines Verständnisses dafür, dass ein Nichtstun auch noch schöneredet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wie können Sie sich gestärkt sehen, wenn der Anteil jener Kinder, die unter Übergewicht und Adipositas leiden, jährlich kontinuierlich steigt? Wollen Sie allen Ernstes behaupten, dass schicke Versprechungen und Ankündigungen Wirkung zeigen, wenn jedes dritte untersuchte Kind, ob in Klasse 4 oder in Klasse 8, übergewichtig oder krankhaft dick ist und ebenfalls jedes

dritte Kind unter einer Herabsetzung der Sehschärfe leidet?

(Julian Barlen, SPD: Ist das jetzt der Arbeitskreis Pädagogik, oder was?)

Glauben Sie wirklich, Ihren Weg des Wegguckens weitergehen zu können, wenn jedes zweite untersuchte Kind an Förderschulen an Übergewicht oder Adipositas leidet? Sie, Herr Barlen, versagen durch Ihr ignorantes Verhalten den Kindern und Jugendlichen nicht nur die ihnen zustehenden Untersuchungen, sondern auch eine unbeschwerte und vor allem gesunde Entwicklung.

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Fraktion fordert die Landesregierung auf, umgehend die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass jede vorgeschriebene kinder- und jugendärztliche Schuluntersuchung landesweit und kontinuierlich durchgeführt wird. Für uns ist es wesentlich wichtiger, Ärzte und Krankenschwestern einzustellen, um gesunde Kinder zu haben, als mit Rücklagen vermeintlich die Zukunft des Landes zu stärken. Es ist genau diese Zukunft, die Sie in der Gegenwart vernachlässigen, wenn Sie den Mädchen und Jungen weiterhin das Recht auf eine gesunde Entwicklung verwehren.

(Rainer Albrecht, SPD:
Das ist doch nicht wahr.)

Wer als Land seiner eigenen gesetzlichen Pflicht nicht nachkommt – und darüber können Sie nicht hinwegtäuschen, Sie erfüllen die gesetzliche Pflicht der Schuluntersuchungen nicht –, der ist ungläubwürdig und nicht an wirksamer Hilfe und Unterstützung interessiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Nur wenn dieser Gesundheitsschutz gewährt wird, ist es auch möglich, Kindeswohlgefährdungen frühzeitig und landesweit zu erkennen. Gelingt es, auch nur ein einziges Kind vor nie wieder gutzumachenden Schäden zu bewahren und vor kaum heilenden Wunden zu schützen, dann haben sich jede Anstrengung und jedes konsequente Handeln gelohnt. Deshalb sollte es für Sie jetzt ganz konsequent und selbstverständlich sein, dem Antrag meiner Fraktion zuzustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ganz gerne, bevor ich anfangen, eines voranstellen, und das ist mir ganz besonders wichtig. Der öffentliche Gesundheitsdienst wird hier oftmals in ein Licht gestellt, was er, wie ich finde, absolut nicht verdient hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zurufe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU: Genau.)

Wer sich selber vor Ort mal überzeugt hat, mit wie viel Engagement die Ärztinnen und Ärzte arbeiten, dann, finde ich, ist die Art und Weise, wie hier das Bild des öffentlichen Gesundheitsdienstes wiedergegeben wird,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist das Bild der Landesregierung, Frau Hesse.)

ganz schön traurig, weil hier nichts anderes gemacht wird, als die Arbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes infrage zu stellen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Koplín, DIE LINKE: Nein, nein.)

Und ich finde, das muss man hier mal ganz deutlich betonen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Die Regierung ist in der Pflicht. Das liegt in Ihrer Verantwortung.)

Wenn man, und das muss man auch sehen, so etwas hier anspricht, muss man sich auch Zuständigkeiten ganz genau angucken. Man muss differenzieren, wo tatsächlich die Zuständigkeit liegt. Die liegt nämlich auf der kreislichen Ebene

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Nein. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein, nein.)

beziehungsweise bei den Kreisen – stopp! – und die Fachaufsicht liegt beim Ministerium. Das ist in der Tat korrekt, aber – und das muss man auch sehen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch in der Anhörung gesagt worden.)

wenn man dieses Thema betrachtet – Fachaufsicht hat Grenzen. Und wenn man aufmerksam zugehört hat, was Herr Häusler als Sprecher und Vorsitzender von den Ärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes gesagt hat,

(Julian Barlen, SPD: Da war Frau Oldenburg nicht da. – Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Dann, finde ich, war das sehr, sehr bezeichnend. Er hat gesagt, wir haben ein gutes Gesetz und es ist unsere Aufgabe, gemeinsam mit meinem Haus dieses auszuführen. Und was haben wir gemacht? Wir werden uns mit den betroffenen Gesundheitsämtern auch zusammensetzen und dieses tun.

(Regine Lück, DIE LINKE: Da ist schon mal das Ziel erreicht.)

Und das Zweite, was man auch bei der Debatte immer wieder wissen muss, ist: Wie viel Einflussmöglichkeit haben wir denn als Land bei der Besoldung der Ärzte? Keine, sondern nur über den Bund. Und das ist der entscheidende Punkt.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Hier werden Dinge angemahnt, die wir landesseitig längst auf den Weg gebracht haben, nämlich über die GMK beziehungsweise über den zuständigen Ausschuss über mehrere Jahre.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Da liegt es gut.)

2013 war die letzte Aktion dazu. Wir haben jetzt wieder eine Ministerkonferenz und werden es wieder einbringen, denn, und da muss man sich doch nichts vormachen, warum haben wir im öffentlichen Gesundheitsdienst diesen Ärztemangel?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

Weil die Ärzte einfach für eine A16 nicht mehr diesen Job antreten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Da muss man sich was einfallen lassen. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das heißt, die logische Konsequenz ist doch, da eine Veränderung vorzunehmen. Und bei aller Liebe zu dem, was hier vorgetragen worden ist, da fehlen mir einfach nur noch die Worte.

(Beifall Julian Barlen, SPD, und Detlef Lindner, CDU)

Ich finde, das ist ein Aufriss einer Problematik, der wir uns längst schon gestellt haben. Insofern kann ich nur an alle appellieren,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das hat Frau Schwesig auch schon.)

dass wir gemeinsam mit den öffentlichen Gesundheitsdiensten, mit den Landkreisen und kreisfreien Städten hier eine Lösung finden im Sinne unserer Kinder

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und uns Polemik an dieser Stelle ersparen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Schubert.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, dann stell mal wenigstens ein bisschen was richtig! – Torsten Koplín, DIE LINKE: Genau.)

Bernd Schubert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich schon wundern, wenn ich da junge Menschen sehe im Zuschauerraum. Wenn ich so gucke, kann ich keinen Kranken erkennen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darum geht es jetzt nicht, Herr Schubert.)

Die müssen ja alle krank sein nach Ihrem Bericht,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist ja billig.)

den Sie eben gerade gegeben haben. Das sind gesunde junge Leute.

(Regine Lück, DIE LINKE: Dann gehen Sie mal in die Förderschule und gucken sich die gesunden jungen Leute an!)

Wundern muss ich mich auch, denn wir haben am Mittwoch ...

Frau Lück, warten Sie erst mal!

Wir haben am Mittwoch gerade gemeinsam das ÖGDG beschlossen mit einer gemeinsamen Entschließung

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Ja, das ist das Gesetz. Jetzt geht es um die Umsetzung des Gesetzes.)

und heute werfen Sie einen Antrag in dieses Haus, der das ÖGDG in seinen Rechten und tatsächlichen Grundsteinen infrage stellt.

Selbstverständlich haben Sie eine Kleine Anfrage gestellt, haben auch aus dieser Kleinen Anfrage zitiert, aber Sie haben nicht alles wiedergegeben.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Die Ministerin sprach es schon an, die Landkreise sind für die Durchführung der schulärztlichen Untersuchung zuständig. Man hat auch benannt, warum es so ist, nämlich weil nicht genügend Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst gefunden werden. Das Nachwuchsproblem besteht nicht nur in den kleinen Landpraxen, sondern auch im öffentlichen Gesundheitsdienst.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist überall. –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Dann war es das.)

Und ein zweiter Punkt ist, man kann nicht die Zahlen einfach so darstellen, dass viele junge Menschen, viele Kinder an den Untersuchungen nicht teilgenommen haben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das steht da nicht drin.)

Das steht genau drin.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein.)

Ich kann daraus zitieren, mit Genehmigung der Präsidentin natürlich: „Damit ist es dort in der Regel schneller möglich, frei gewordene Stellen wieder zu besetzen.“ Und dann kommt: „Ursache für die festzustellenden größeren Schwankungen in der Durchführung der schulärztlichen Untersuchung in der 4. und 8. Klasse zwischen den einzelnen Schuljahren sind häufig auch längere Erkrankungen einzelner Ärzte“ und auch der Schüler. So. Das steht nämlich auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Und schon relativiert sich die Zahl.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Da sind 70 Prozent krank, ist klar. –
Heiterkeit bei Regine Lück, DIE LINKE)

Und weiter ...

Frau Oldenburg, Sie haben an der Anhörung im Sozialausschuss nicht teilgenommen. Da wurden auch diese

Probleme von den Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst genannt, erstens wegen der Bezahlung – das sprach die Ministerin schon an – und zweitens, dass man keine jungen Ärzte findet, besonders in den Landkreisen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auch schwierig, auch schwierig.)

In den kreisfreien Städten sieht es noch etwas anders aus, aber gerade in den Landkreisen findet man keinen Nachwuchs. Das müssen Sie einfach auch hier ansprechen. Das ist nicht nur ein Problem bei uns im Bundesland.

Ich habe eine Studie gefunden,

(Zurufe von Minister Harry Glawe und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Studie der Universität Osnabrück. Da würde ich empfehlen, sehen Sie sich diese Studie mal an. Darin wird erwähnt, es gibt fünf Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland, die eine flächendeckende Untersuchung bei den Grundschulen gewährleisten. Das sind die Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Alle anderen Länder haben so eine flächendeckende Untersuchung nicht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Möchten
Sie die jetzt auch aus dem Gesetz nehmen?)

Das hat keiner gesagt. Ich habe nur gesagt, dass ist nicht nur ein Problem hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in allen Bundesländern.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ich denke,
wir haben es flächendeckend.
Sie widersprechen sich.)

Wenn man weiterliest in dieser Studie, dann haben sich gerade in den alten Bundesländern Leute dazu gemeldet, sie haben Probleme, den öffentlichen Gesundheitsdienst mit Stellen zu besetzen, und bei der Finanzierung. Also das ist nicht nur ein Problem hier in unserem Land.

Über die Finanzierung wird im FAG gesprochen, darüber wird verhandelt. Es steht gar nicht fest, dass die Rahmenbedingungen nicht so sind, dass die Landkreise diese Aufgabe ordnungsgemäß wahrnehmen können. Aber wir können jetzt nicht auf den Landkreisen rumhacken.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Nee, machen wir doch gar nicht.)

Das machen Sie aber, indem Sie die Arbeit dort infrage stellen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Gucken Sie sich doch den Antrag an!)

und auch die wirklich engagierte Arbeit der Ärztinnen und Ärzte. In dieser Studie steht auch, dass der Freistaat Sachsen aufgrund dieser Probleme eine Regelung gefunden hat im öffentlichen Gesundheitsdienst. Darüber muss man später mal reden, da müssen wir uns die Ursachen ansehen und vielleicht auch nach Lösungsansätzen suchen, zum Beispiel, dass man, weil man nicht genügend Ärzte findet im öffentlichen Gesundheitsdienst,

die Möglichkeit schafft, dass auch niedergelassene Kinderärztinnen und Kinderärzte diese Untersuchungen durchführen können.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Ja, warum geschieht es nicht?
Warum geschieht es nicht?)

Darüber muss man reden und fragen, ob das auch möglich ist. Denn Sie können jetzt nicht einfach, nur weil Sie eine Kleine Anfrage gemacht haben, eine Entscheidung fällen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist doch nicht, weil wir eine Kleine Anfrage gemacht haben. Das ist, weil die Kinder nicht untersucht werden, Mensch! – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte Ihnen gesagt, was in der Kleinen Anfrage und in der Antwort steht. Sie haben nur einen Teil zitiert. Ich habe einen Teil herausgesucht, wo man auch sagen kann, die Ursachen wurden dort benannt. Damit können wir erst mal keine Lösung finden,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

aber das muss man sich ansehen.

Wo alle Bundesländer, also diese fünf Bundesländer, übereinstimmen, ist, dass eine Finanzierung über die Kommunalfinanzen gemacht wird.

Eine dritte Möglichkeit besteht darin, und das wird praktiziert bei der zahnärztlichen Untersuchung,

(Karen Stramm, DIE LINKE: Eben.)

dass man die Gruppenprophylaxe an die Zahnärztinnen und Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes übergeben hat,

(Karen Stramm, DIE LINKE: Eben, das hätte man ja auch versuchen können.)

aber auch die Möglichkeit geschaffen hat, dass niedergelassene Zahnärzte diese Untersuchungen durchführen können.

In dieser Studie wird Mecklenburg-Vorpommern nicht so dargestellt, dass bei uns die Kinder an Gesundheitschädigungen leiden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Weil die Datengrundlage noch fehlt. Sie haben es doch verdüst, die Kinder zu untersuchen.)

Im Gegenteil, es wird hervorgehoben, dass hier eine gute Arbeit gemacht wird. Und die wollen wir uns mit Ihrem Antrag nicht in Abrede stellen lassen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sie nehmen die Fakten nicht zur Kenntnis.)

Natürlich müssen wir auch immer daran erinnern. Es kam ebenfalls in der Anhörung – Herr Koplín, Sie waren dabei –, dass auch eine Pflicht bei den Eltern liegt,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Natürlich.)

und die haben Sie jetzt bei Ihren Betrachtungen ganz außen vor gelassen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Auch die ist richtig geregelt, die Pflicht der Eltern.)

Insofern werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Was anderes hätte uns auch gewundert. – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich gebe Ihnen noch mal die Empfehlung, lesen Sie diese Studie, und dann werden Sie sehen, dass bei uns die gesundheitliche Vorsorgeuntersuchung gerade bei den Kindern und Jugendlichen nicht vorbildlich ist, aber wir sind auf dem richtigen Weg

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, 25 Prozent.)

und machen das möglich, was zurzeit möglich ist. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Julian Barlen, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Oldenburg, ich bin so ein bisschen geschockt über das, was Sie jetzt hier gesagt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zu meinen, Kindeswohlgefährdung mit einer Schuluntersuchung zu verhindern,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Zu erkennen.)

mit Verlaub, das habe ich noch nie gehört.

(Julian Barlen, SPD:
Das ist linke Demagogie.)

Das ist eine Utopie und ich verwehre mir hier, einen Kontrollstaat einzuführen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich erinnere an die ÖGDG-Diskussion vor zwei Tagen. Wir hatten hier als Bündnisgrüne unsere, nicht Kritik, aber wie soll ich das jetzt sagen,

(Torsten Renz, CDU: Scharfe Hinweise. – Zurufe von Minister Harry Glawe und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

doch Kritik geäußert, aber insbesondere immer wieder den Bereich U3 bis U9 und jetzt auch J1.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Wir haben als Bündnisgrüne da zugestimmt und haben immer wieder gesagt,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ja, ja, immer wieder gesagt.)

es müssen Doppelstrukturen vermieden und es müssen Gesetze harmonisiert werden. Das war die Grundkritik am ÖGDG von vor zwei Tagen, denn dort ist die J1 als einziger Punkt eingeführt worden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Mit Vorlauf, vor zwei Tagen, das nennen wir rechtzeitig.)

Wenn ich jetzt höre, wir wollen es wirklich so: Eine Untersuchung, also U9, ist durchgeführt, dann kommt die Vorschuluntersuchung. Im Inklusionskontext wird zurzeit diskutiert, diese Vorsorgeuntersuchung abzuschaffen, weil wir den Kindern nicht mehr vermitteln können, ihr werdet untersucht.

Die wichtige Frage, Herr Koplín und auch Frau Oldenburg, ist doch die: Wie können wir Prävention vor Ort vorhalten? Und das ist eindeutig in der Anhörung zum Ausdruck gekommen. Die Amtsärzte sind überfordert, zum Teil gibt es keine Amtsärzte.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, das ist ein Problem. – Regine Lück, DIE LINKE: Das beginnt ja schon in der Familie.)

Die Frage ist, wenn wir uns hier im Landtag nur auf den Bereich Untersuchung konzentrieren – und das ist die große Kritik, die wir haben –,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

blenden wir doch den Bereich der Vorsorge

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

und den Bereich der Prävention nicht aus, das will ich nicht sagen,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

aber ich finde, dort müssen wir investieren und nicht noch ein Untersuchungsverfahren

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das haben wir nicht gesagt.)

neben dem Untersuchungsverfahren

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

zu dem Untersuchungsverfahren einführen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben die U3 bis U9 jetzt bestätigt. Es gibt ein Verfahren, dass, wenn die Eltern nicht hingehen, sie ein Erinnerungsschreiben bekommen.

(Julian Barlen, SPD:
So ist es. Sehr richtig.)

Kommen sie dann hin, schaltet sich entweder das Gesundheitsamt oder das Jugendamt ein.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Hallo, wenn da was nicht stimmt, kommt sofort der Paragraph 8a des SGB VIII zum Tragen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich finde, das ist eine Hetze, die hier abläuft, das geht nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Julian Barlen, SPD: Sehr richtig.)

Ich finde das tatsächlich problematisch. Der öffentliche Gesundheitsdienst hat eine Aufgabe und ich finde schon, dass wir ein Gesetz, was 1994 auf den Markt gekommen ist, novellieren müssen, und da will ich Sie mitnehmen. Ich finde, wir müssen hier den Weg gehen, und da hat Frau Hesse auch gesagt, wir gehen diesen, und wir nehmen sie beim Wort. Das heißt eben nicht nur die Zahnuntersuchung, das heißt nicht nur die Vorsorgeuntersuchung, nein, Mütterberatung steht da noch drin,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Da sind wir wieder d'accord.)

Väter müssen vielleicht auch beraten werden.

(Stefan Köster, NPD:
Sie vielleicht auch, Frau Gajek.)

Es ist die Schwangerenberatung drin, es ist die Gesundheitsvorsorge drin. Ich denke, das sind die Dinge, wo es sich lohnt.

Wir haben eine Entschließung verabschiedet, einstimmig, Herr Koplín. Warum lassen wir das nicht erst mal? Dann nehmen wir uns im Sozialausschuss die Verordnung noch mal vor und gucken, was ergibt sich denn daraus, was ergibt sich jetzt auch aus dem Kinderschutz, was ergibt sich im Bereich der Familienhebammen, die da drinsitzen, wo es eine neue Verordnung des Gesundheitsamtes mit dem Jugendamt gibt. Das gab es vor Jahren noch nicht. Das sind völlig neue Aufgabengebiete.

(Regine Lück, DIE LINKE: Was haben
die Hebammen jetzt damit zu tun? –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich finde, wir dürfen unser Gewissen nicht beruhigen, indem wir jetzt die Schuluntersuchung noch mal mehr einfordern.

(Regine Lück, DIE LINKE: Dass immer
alles in einen Topf geworfen wird! –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich finde, wir müssen es harmonisieren, und dafür stehen wir zur Verfügung. Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Regine Lück, DIE LINKE:
Alles in einen Topf, Frau Gajek.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kollegin Gajek, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar dafür, dass Sie die Debatte hier ein bisschen versachlicht haben

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch mal vom Kopf auf die Füße gestellt haben.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das haben wir nicht.)

Liebe Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben in Ihrem Vortrag sehr häufig das Wort „unglaublich“ in den Mund genommen. Unglaublich finde ich insbesondere eins, auf das ist auch der Kollege Schubert eingegangen: Wir haben gerade am Mittwoch das Öffentliche Gesundheitsdienst-Gesetz hier im Landtag beraten

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das macht uns alles sprachlos.)

und wir haben das hier beschlossen. Wir haben vorher mit allen demokratischen Fraktionen, im Sozialausschuss mit der Fachöffentlichkeit, mit den Ärztinnen und Ärzten im Gesundheitsdienst, mit den Landkreisen,

(Karen Stramm, DIE LINKE: Es geht
um die Umsetzung des Gesetzes.)

mit den anderen Beteiligten über dieses Gesetz gesprochen und haben uns sehr ernsthaft auch mit den Herausforderungen beschäftigt.

(Karen Stramm, DIE LINKE:
Darum gehts doch gar nicht. –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Die Fraktion DIE LINKE hat keinen einzigen Änderungsantrag zu diesem Öffentlichen Gesundheitsdienst-Gesetz gestellt

(Heinz Müller, SPD:
Ach, schau einer an!)

und haut hier heute so auf den Putz. Das ist Demagogie und das ist unglaublich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

So, und jetzt möchte ich mir tatsächlich ein Beispiel an Frau Gajek nehmen und das ein bisschen versachlichen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Regine Lück, DIE LINKE: Das glaube
ich jetzt nicht!)

weil meines Erachtens die bisherige Debatte deutlich gemacht hat, dass wir als demokratische Fraktionen doch sehr weitgehend einig sind, nämlich darin, dass die schulärztlichen und auch die schulzahnärztlichen Untersuchungen wichtige, sehr wertvolle und von der Grundanlage her auch sehr wirksame Angebote sind, um den

Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern in den Blick zu nehmen – mehr noch, das sind auch sehr wirksame Instrumente, um aktiv darauf Einfluss zu nehmen, dass Erkrankungen im Kinder- und Jugendbereich, dass auch Entwicklungsverzögerungen im Kinder- und Jugendbereich frühzeitig erkannt werden, dass sie behandelt werden können und dass eine besondere individuelle Förderung stattfinden kann.

Auch helfen die Befunde, die im Rahmen der schulärztlichen und der schulzahnärztlichen Untersuchungen festgestellt werden, dabei, die bestehenden Präventionsprogramme und die Gesundheitsprogramme kontinuierlich besser zu machen. Die Stichworte hierbei sind zum Beispiel die Kindergesundheitsziele – darüber haben wir gesprochen noch in dieser Woche –, die Programme „Gesundheitskompetenz bei Kindern in der Schule“, „Bewegte Kinder“, „Die gute gesunde Schule“. Alle diese Programme profitieren auch von den Erkenntnissen aus den schulärztlichen und den schulzahnärztlichen Untersuchungen. Da sind wir uns einig.

Und, meine Damen und Herren, darüber hinaus sind wir uns einig – und das haben die, nicht alle, aber zumindest einige Debattenbeiträge gezeigt, das haben auch die Stellungnahmen in der Anhörung der Expertinnen und Experten im Sozialausschuss, Frau Kollegin Oldenburg, Sie waren nicht dabei, gezeigt –, dass die Normen und Festlegungen, also das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst und auch die Schulgesundheitspflegeverordnung, in ihrer Anlage keine Defizite aufweisen und für tauglich befunden werden. Das muss man, finde ich, feststellen, dass die Fachöffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern sagt, die rechtlichen Regelungen zur schulärztlichen und schulzahnärztlichen Untersuchung sind tauglich.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Aber, Herr Barlen, das ist nicht der
Punkt, das ist doch nicht der Punkt.)

Das hat die Fraktion DIE LINKE ja dadurch bestätigt, dass kein Änderungsantrag dazu gekommen ist.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Hätten Sie befunden, dass es etwas zu ändern gibt,

(Regine Lück, DIE LINKE: Es geht
doch um die Umsetzung des Gesetzes.)

hätten Sie natürlich einen Änderungsantrag gestellt. So.

(Heinz Müller, SPD: Was ist denn hier los? –
Regine Lück, DIE LINKE: Es geht um die Um-
setzung des Gesetzes und um nichts anderes. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und jetzt, Augenblick, kurz beruhigen, meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist Freitagmittag, alle freuen sich, dass bald Wochenende ist, aber ich würde Ihnen gerne vorher noch was sagen. Wenn Frau Oldenburg dann hier am Pult, ich hatte wirklich den Eindruck, mit Schaum vorm Mund,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, ich kann es wirklich nicht verstehen.
Dass Sie keinen haben, irritiert mich.)

was ich nicht sachgerecht finde bei diesem Thema, wenn Frau Oldenburg hier am Pult sagt, dass wir als Land, Zitat, weder die „Rahmenbedingungen schaffen“,

(Egbert Liskow, CDU: Ja, genau.)

und gleichzeitig einige Tage vorher im Sozialausschuss die gesamte Fachöffentlichkeit sagt, die Rahmenbedingungen sind gut, dann drehen Sie der Fachöffentlichkeit selber das Wort im Munde um und isolieren sich selber.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich glaube, das kriegen Sie hier auch gerade gespiegelt, meine Damen und Herren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Zehn Stellen nur für Schuluntersuchungen und diese zehn Stellen muss doch nicht der Kreis schaffen.)

So, und darüber hinaus: Wenn wir sagen, die Untersuchungen an sich sind sehr wertvoll, wenn wir sagen, die Rahmenbedingungen dafür im Bereich der Normen und Verordnung sind gesetzt, dann komme ich zu einem Punkt, wo wir auch einig sind – und das bitte ich Sie auch zur Kenntnis zu nehmen, Ministerin Hesse hat das sehr deutlich gesagt –, dann komme ich zum kritischen dritten Punkt, dass wir nämlich weitgehend darüber übereinstimmen, dass es bei der Umsetzung, bei der Häufigkeit und auch bei der Reichweite der schulärztlichen und schulzahnärztlichen Untersuchungen, die durch die Gesundheitsämter in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten durchgeführt werden, sehr unterschiedliche Situationen gibt und dass es wirklich sprichwörtlich Luft nach oben gibt. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Das ist eine Situation, die wir gemeinsam verbessern müssen. Da ist aber nicht die Fraktion DIE LINKE die einzige, die sagt, da gibt es ein Problem, und alle anderen stecken irgendwie den Sand in Kopf oder andersrum,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern wir erkennen gemeinsam, dass es dort Potenzial gibt und dass wir daran arbeiten müssen. So.

Wenn ich diese weitgehende Übereinstimmung bei dem Punkt Nutzen, bei dem Punkt Normen und auch bei den Herausforderungen bündele, bringt mich das zu der notwendigen Prüfung der Frage, ob der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE geeignet ist, die gewünschten und die in der Tat – auch meiner Meinung nach und auch der Meinung der Fraktion der SPD nach – erstrebenswerten Ziele zu erreichen. Und zu Ihrer vermutlich sehr großen Verwunderung, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, komme ich zu dem Schluss: Ihr Antrag ist es nicht.

Das will ich Ihnen auch gerne kurz begründen. Wir sind nämlich trotz der Auffassung, dass die Situation in den Landkreisen und kreisfreien Städten tatsächlich verbessert werden muss, nicht der Meinung, dass die Landesregierung per Antrag aufgefordert werden muss, auf die konsequente Anwendung und die Einhaltung von Recht und Gesetz hinzuwirken.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee!)

Das ist nämlich die Aufgabe der Exekutive

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig.)

und diese wird von allen Ressorts und auch von dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales erfüllt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Nein.)

Ich erinnere – und Ihnen ist das alles bestens bekannt, weil nicht zuletzt auch den Kleinen Anfragen im Detail zu entnehmen –, ich erinnere dabei an den durch das Sozialministerium herbeigeführten Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz 2010 und die erneute Gesundheitsministerkonferenzinitiative aus dem Jahr 2013, für bessere Vergütungen und für höhere Anreize für Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst zu arbeiten. Darum geht es, daran krankt es in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Diese Initiative hat bisher noch nicht den gewünschten Erfolg gezeigt, aber diese Initiative richtet sich notwendigerweise an die zuständigen Tarifparteien, und das Land ist an der Stelle leider keine Tarifpartei.

Ich erinnere an die Initiative des Sozialministeriums, mit den Gesundheitsämtern und den Verbänden der Ärzte im öffentlichen Dienst und den Zahnärzten im Lande einen Leitfaden zur Ermittlung eines sachgerechten Personalbedarfes zu erstellen. Okay, das ist eine konkrete Maßnahme.

Und ich erinnere hierbei an das regelmäßige Monitoring der Durchführungsraten im Rahmen der durch das Sozialministerium sehr wohl ausgeübten Fachaufsicht und die offiziell und vor allem aktuell laufende fachaufsichtliche Aufforderung an die Landkreise und kreisfreien Städte, die Probleme im amtsärztlichen Bereich klar zu benennen und ebenso klar darzustellen, wie man zu reagieren gedenkt.

So, und dann stehen Sie hier vorne, Frau Oldenburg, und sagen, wir ergreifen keine Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die Regeln umgesetzt werden. Das ist Demagogie, wenn Sie sich angucken, was alles ganz konkret läuft und wie die Fachöffentlichkeit das einschätzt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das darf man doch mal kritisieren können, das hat doch nichts mit Demagogie zu tun.)

So etwas trägt nicht zu einer konstruktiven Lösung des Problems bei, sondern malt lediglich den Teufel an die Wand.

In diesem Sinne macht es sich, meine Damen und Herren, DIE LINKE mit dem vorliegenden Antrag deutlich zu leicht und verkennt zudem, mit welcher Ernsthaftigkeit tatsächlich daran gearbeitet wird,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Seit Jahren! Seit Jahren! – Zuruf von
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die Zahl und die Regelmäßigkeit der durchgeführten schul- und schulzahnärztlichen Untersuchungen dauerhaft zu erhöhen.

Noch mal, auch für das Protokoll und auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer: Die schulärztlichen Untersuchungen sind eine sinnvolle Ergänzung zu den ohnehin

schon sehr erfolgreich und auch sehr flächendeckend laufenden U-Untersuchungen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und eine Pflichtaufgabe, eine Pflichtaufgabe!)

und auch eine sinnvoll ergänzende Maßnahme zu den Schuleingangsuntersuchungen. Die schulärztlichen und schulzahnärztlichen Untersuchungen liefern wertvolle und wichtige Daten über die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen im Land. Die Untersuchungen offenbaren auch notwendige konkrete Maßnahmen für die Eltern und Schulen und tragen dazu bei, Präventionsprogramme und die Instrumente der Gesundheitsförderung insgesamt effektiver zu machen.

Somit kann man zusammenfassend sagen: Der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE spricht ein Thema an, das liegt uns allen am Herzen und das bearbeiten wir gemeinsam auch sehr seriös und vor allen Dingen mit großer Konzentration, aber es ist nicht von heute auf morgen gemeinsam mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten dafür Sorge zu tragen, dass es sich alles in Luft auflöst.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Ein jahrelang bestehendes Problem.)

Einen wesentlichen Beitrag darüber hinaus zur Bewältigung der Herausforderung leistet der Antrag nämlich nicht. Nur zu fordern, dass die Landesregierung sich endlich mal kümmern soll, das reicht nicht aus, um dieser wirklich wichtigen Herausforderung zu begegnen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das wäre schon mal eine Maßnahme.)

und deshalb, meine Damen und Herren, lehnen wir den Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe es zu, nach dem doch sehr dogmatischen Redebeitrag von Frau Oldenburg, ich hätte beinahe sogar gesagt, stalinistischen Redebeitrag von Frau Oldenburg,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Völlig daneben.)

fällt es mir schon schwer, dem Antrag noch etwas Positives abzugewinnen, aber er ist berechtigt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Frau Gajek, Sie vergleichen hier Kirschkern mit Melonen. Nahtlos setzen sich nämlich die Folgen einer katastrophalen Politik der Landesregierung fort. Und während es gestern hier im Landtag eher um die desaströse Infrastrukturpolitik ging, beschäftigt heute das Dilemma bei den Schuluntersuchungen den Landtag.

Insgesamt sind zwei Schuluntersuchungen in Mecklenburg-Vorpommern gesetzlich vorgeschrieben. Es geht

hier also um eine Gesetzespflicht, die zum Teil in Ansätzen noch nicht mal erfüllt wird. Stattfinden sollen diese in der 4. und in der 8. Klasse. Da aber nicht genügend Amtsärzte vorhanden sind, können die gesetzlich festgelegten Untersuchungen nicht überall durchgeführt werden, und darum geht es.

Früher galt der öffentliche Dienst – und das ist, glaube ich, das größte Problem – als interessantes Arbeitsfeld, ausgestattet mit einer gerechten Entlohnung in einem gesicherten Arbeitsverhältnis. Die Zeiten sind jedoch schon lange vorbei.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Unsicherheit prägt mittlerweile auch die Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Hindernisse bestehen, so die Ansicht der Landkreise, in den Verdienstmöglichkeiten für die Amtsärzte. Verständlicherweise verlangen die Kommunen nun eine bessere Finanzausstattung. Doch diese bessere Finanzausstattung allein wird die Probleme nicht beseitigen. Dabei sind die erhobenen Befunde durch die Schuluntersuchung besorgniserregend. Vor allem Übergewicht, Herr Müller, vor allem Übergewicht stellt ein immer größer werdendes Problem dar.

(Julian Barlen, SPD:

Sie sind echt ein Flegel. –

Heinz Müller, SPD: Lass ihn! Ich hab ihm doch schon gesagt, lieber einen dicken Bauch als ein zu kleines Gehirn.)

Im Landkreis Ludwigslust-Parchim wurden im Schuljahr 2012/2013 nur 13,6 Prozent aller Schüler der 4. Klassen und 11,5 Prozent aller Schüler der 8. Klassen erfasst, wobei die Datenlage aufgrund der nicht gemeldeten Daten aus dem Altlandkreis Ludwigslust unzureichend ist. Auch in Nordwestmecklenburg und im Landkreis Rostock sind die Zahlen skandalös.

Für die NPD steht fest, dass die Probleme hausgemacht und vielleicht auch beabsichtigt sind, denn sie machen unser Land kaputt. Wir stimmen dem Antrag der LINKEN zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Frau Oldenburg sitzt ganz hinten, wenn du sie suchst.)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Ich suchte Herrn Barlen.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss schon sagen, es ist geradezu entsetzlich, wirklich entsetzlich, wie sehr Sie die Lage verkennen und auch die Ernsthaftigkeit der Lage, um die es hier geht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

oder Sie täuschen da etwas vor. Zu der Erkenntnis komme ich, weil Sie, was hier aufs Schärfste zurückgewiesen werden muss, persönlich beleidigend werden gegenüber meiner Kollegin Simone Oldenburg. Da sind Worte gefallen wie „Schaum vorm Mund“, wie „demagogisch“, Rosa Luxemburg wird dann

(Torsten Renz, CDU: Das Letzte habe ich jetzt nicht gehört.)

herbeillustriert. Also was soll das?

(Zuruf aus dem Plenum:
Das ist keine Beleidigung.)

Was soll das, frage ich Sie. Sie kommen offensichtlich nicht dahinter, welche Tragweite diese Thematik hat.

(Torsten Renz, CDU: Sahra Wagenknecht ist froh, wenn sie so genannt wird.)

Herr Barlen, ich habe mich nach Ihnen umgeschaut, weil es ...

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Rosa Luxemburg
können wir so im Raum nicht stehenlassen.)

Herr Barlen, es geht überhaupt nicht darum, den erzielten Konsens bei der Novellierung des ÖGDG infrage zu stellen. Wir haben das Gesetz novelliert, modifiziert und angepasst. Das ist der Gesetzestext.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum es heute geht, Frau Gajek, und mir scheint, auch Sie haben das leider nicht verstanden: Es geht um die Umsetzung eines bestehenden Gesetzes.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die Umsetzung eines bestehenden Gesetzes,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Richtig.)

und zwar den Wortlaut eines Gesetzes, den wir nicht verändert haben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Es geht doch nicht um eine zusätzliche Untersuchung. –
Julian Barlen, SPD: Ja, wir haben Ihnen das doch gerade erklärt.)

Und dann kann ich überhaupt nicht verstehen,

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Stefan Köster, NPD)

Herr Schubert, Herr Barlen, Frau Gajek, dass Sie die desaströse Situation auch noch zu rechtfertigen versuchen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja. –
Julian Barlen, SPD: Haben Sie nicht zugehört? – Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin hat ihre Taktik an der Stelle ja geändert. Vor einigen Tagen war in der Zeitung zu lesen, ich zitiere nicht wörtlich, sondern so aus dem Gedächtnis, es war zu lesen, sie wisse sich auch keinen Rat mehr. Nach

etwas über 100 Tagen schon ratlos zu sein, ist bedenklich. Sie wisse keinen Rat mehr, die Eltern sollten doch zum Kinderarzt gehen, das würden dann die Krankenkassen bezahlen. Also das ist doch keine Lösung! Das ist doch keine Lösung!

Heute ist die Taktik andersrum gelaufen. Heute wurde so getan, als würde DIE LINKE den öffentlichen Gesundheitsdienst angreifen.

(Ministerin Birgit Hesse: Ja, genau.)

Mitnichten machen wir das, Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren, mitnichten. Was wir anprangern, ist der unzureichende Gesetzesvollzug vonseiten der Landesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Die Landesregierung steht hier in der Pflicht.

(Julian Barlen, SPD: Das tut doch weh. –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Das soll auch wehtun.)

Nein, das ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die Wahrheit tut immer weh.)

Ja, na ist doch klar. Dann will ich das gern ... Nein, dann will ich das gern ...

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Kommen wir dazu, dann möchte ich das gerne mal herleiten: Warum ist das so ernst und warum wird das unseinerseits mit einer solchen Schärfe vorgetragen?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, körperliches, seelisches, soziales Wohlergehen haben Verfassungsrang.

(Julian Barlen, SPD:
Ja, da sind wir uns doch einig.)

Da sind wir uns einig, so.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz besonders das gesunde Aufwachsen von Kindern

(Julian Barlen, SPD:
Da sind wir uns auch einig.)

hat in dieser Gesellschaft prioritären Wert. Das betonen wir immer wieder, da sind wir uns doch wohl einig.

Die Durchsetzung der entsprechenden Rechtsvorschriften obliegt der öffentlichen Verwaltung. Und jetzt komme ich mal zu unserer Landesverfassung, zu Artikel 69, ich zitiere: „Die öffentliche Verwaltung wird durch die Landesregierung, die ihr unterstellten Behörden und die Träger der Selbstverwaltung ausgeübt.“ Durch die Lan-

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und nun kommt ins Spiel, dass ein Großteil der Kinder, das ist ja ausweislich der Daten und Fakten, wir reden also nicht über irgendetwas oder über gefühlte Meinungen, sondern die Tabellen sagen aus, dass bis zu drei Viertel der Kinder überhaupt nicht vorgestellt werden. Das heißt, diese Kinder werden gar nicht mit diesen Belastungen und diesen Defiziten erkannt.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Das läuft dann später auf. Und was dann später aufläuft, Herr Schubert, ist nur noch die reine Nachsorge.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Der Sachverständigenrat im Gesundheitswesen kommt zu folgender Erkenntnis, Frau Schlupp, das möchte ich gerne zitieren: „Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung von Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen sollten so früh wie möglich im Lebenslauf ansetzen. Die Logik des ‚Je früher desto besser‘ sollte mit der Maxime ‚Je breiter desto wirksamer‘ verbunden werden.“

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss doch der Anspruch sein! Das muss der Anspruch sein!

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und jetzt kommt Folgendes ins Spiel, nämlich der Offenbarungseid der Landesregierung auf Landtagsdrucksache 6/2293 – Herr Schubert, diese Passage haben Sie in Ihrer Rede beim Zitieren der Antworten auf die Kleine Anfrage von Frau Oldenburg und mir galant umgangen –, dort heißt es: „Trotz intensiven Bemühens ist es den jugendärztlichen Diensten der Gesundheitsämter“ in der Kreisebene „nicht möglich, die schulärztlichen Untersuchungen in vollem Umfang durchzuführen.“ Und jetzt, bitte aufpassen: „Die Stellenpläne der Landkreise und kreisfreien Städte für den jugendärztlichen Dienst lassen dies nicht zu.“ Die Stellenpläne sind also schuld. Die Stellenpläne scheinen eine Naturgewalt zu sein,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

eine eigene Rechtspersönlichkeit zu haben oder eine fremde Macht zu sein. Wer, Herr Glawe, bekommt denn als Rechtsaufsicht die Stellenpläne im Rahmen der Haushaltsbeschlussfassung auf den Tisch gelegt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Kreistag.)

Es gibt eine „Aufgabenbeschreibung“ – von Ihrer Vorgängerin, Frau Hesse – „zur Qualitätssicherung und Leitfaden zur Ermittlung des Personalbedarfs der Gesundheitsämter“.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Es ist minutiös aufgelistet, was zu leisten ist und was im Grunde genommen die Norm ist.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Wenn Sie also Stellenpläne vorgelegt bekommen und sehen, es gibt keine Umsetzung des Gesetzes, dann ist die Landesregierung in der Pflicht, diese Umsetzung des Gesetzes einzufordern

(Beate Schlupp, CDU:
Die Landkreise nicht?)

und die Stellenpläne dementsprechend ...

(Beate Schlupp, CDU:
Und die Landkreise nicht?)

Natürlich.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ja natürlich, aber das ist etwas, was zusammenspielt, Frau Schlupp. Die Landesregierung muss es einfordern, weil es Gesetz ist. So ist es.

Und nun hat Herr Schubert natürlich das ernste Thema angesprochen, das große Problem: Es gibt nicht genug in den Gesundheitsämtern. Wenn dem so ist, dann kann man davor doch nicht kapitulieren! Man kann zum Beispiel temporär über Honorarverträge – das wird an anderen Stellen auch gemacht – Abhilfe schaffen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber das funktioniert doch auch nicht, das wissen Sie doch. Das funktioniert doch nicht mit Honorarverträgen. Das wissen Sie doch alles als ehemaliger Gesundheitspolitiker.)

Was wir fordern, ist, dass Abhilfe geschaffen wird, dass Sie sich nicht mit diesem Zustand zufriedengeben.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und es kann nicht sein, Frau Schlupp, dass Sie eine Gesetzesverletzung, um die es hier geht, auch noch rechtfertigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Um nicht mehr und nicht weniger geht es.

(Beate Schlupp, CDU: Wer hat das denn verletzt? Wer hat das verletzt?)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und erwarte einfach,

(Beate Schlupp, CDU:
Wer hat das verletzt?)

dass Sie diesem Antrag zustimmen. Denn wenn Sie dem nicht zustimmen, dann legitimieren Sie an dieser Stelle Rechtsbruch, und das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Beate Schlupp, CDU: Das ist ja wohl ein Witz!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

(allgemeine Unruhe)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gerne mit der Abstimmung beginnen

(Egbert Liskow, CDU: Nach so einem Müll?)

und bitte Sie um entsprechende Ruhe und Aufmerksamkeit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2825. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2825 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und NPD und Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zwischenlagerung von Castor-Behältern aus Sellafeld am Standort Lubmin eine klare Absage erteilen, Drucksache 6/2836.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zwischenlagerung von Castor-Behältern
aus Sellafeld am Standort Lubmin
eine klare Absage erteilen
– Drucksache 6/2836 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt einen Antrag vor, mit dem wir ausdrücklich die Haltung der Landesregierung unterstützen wollen. Die erste Frage ist natürlich: Warum machen wir das? Reicht es nicht, wenn die Landesregierung sich korrekt verhält in dieser Sache? Wir glauben, dass es ein wichtiges politisches Signal ist, wenn auch das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern hier klar Stellung bezieht zu diesem Thema und die Haltung der Landesregierung unterstützt.

Wir glauben, dass dieser Antrag dazu geeignet ist. Es geht um insgesamt 26 Castoren, die aus Wiederaufarbeitungsanlagen von Sellafeld und La Hague zurück nach Deutschland gebracht werden sollen, und es ist mir ein wichtiger Punkt: Auch für die GRÜNEN gilt selbstverständlich, dass es eine gemeinsame Verantwortung für diese Castoren gibt und wir nicht einfach erklären können, wir waren schon immer gegen die Castoren,

(Egbert Liskow, CDU:
Wart ihr doch! Wart ihr doch!)

deswegen wollen wir sie natürlich auch nicht in unserem Bundesland haben. Das ist eine Haltung, die ich für das Sankt-Florians-Prinzip halten würde.

Wenn wir trotzdem ablehnen, diese Castoren in Lubmin unterzustellen, dann gibt es andere Gründe dafür. Und zwar ist die erste Frage: Woher kommt der Atom Müll, der in diesen Wiederaufarbeitungsanlagen aufbereitet wurde? Und das ist interessant. An der Spitze steht Bayern mit 21 Prozent des Atom Mülls. Bayern macht sich momentan einen sehr schlanken Fuß, nicht nur in allen Bereichen der Energiepolitik, auch beim Thema Atom-

energie erkennt Bayern offensichtlich diese Verantwortung nicht an. Hessen mit 13 Prozent ist auch zurzeit in der Versenkung abgetaucht und hat keine Lust, sich mit den Castoren und dem Müll aus seinem Bundesland, der dort in den Kernkraftwerken von Hessen produziert wurde, zu beschäftigen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Schleswig-Holstein nimmt Castoren auf und ein Anteil des Atom Mülls kommt auch aus Schleswig-Holstein.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die GRÜNEN haben sehr harte Parteitage hinter sich, wo es schweren Streit auch innerhalb der GRÜNEN gab, und ich muss da wirklich unserem Energieminister in Schleswig-Holstein Respekt zollen, der sich dort durchgesetzt und zu der Verantwortung für diesen Atom Müll bekannt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es wäre zu nennen Niedersachsen. Niedersachsen ist ein bisschen komplizierter, weil auch Niedersachsen sagt, unsere Lager in den Zwischenlagern sind voll. Bei Niedersachsen muss man allerdings deutlich sagen, Gorleben – und Gorleben liegt in Niedersachsen – trägt einen erheblichen Anteil an der Entsorgungsfrage des Atom Mülls in Deutschland,

(Egbert Liskow, CDU:
Ich kann den Müll nicht hören.)

und das muss ausdrücklich anerkannt werden. Deswegen ist die Haltung von Niedersachsen für mich durchaus nachvollziehbar, aber die Haltung von Bayern und Hessen überhaupt nicht. Sie haben wirtschaftlich profitiert von der Atomkraft, lehnen jetzt aber ab, die Folgen zu tragen.

Wir glauben, dass es in dieser Situation richtig ist, dass man vor allem in die Bundesländer guckt, aus denen der Müll gekommen ist, die selbstverständlich die Castoren dann in ihren Zwischenlagern an den Atomkraftwerken aufbewahren können, bis wir in Deutschland gemeinsam – und dazu bekennen sich die GRÜNEN ausdrücklich, auch wenn es im Einzelfall für uns sehr schwer werden wird – ein Endlager gefunden haben.

Das kann am Ende auch bedeuten, dass ein solches Endlager, was ich mir sicherlich nicht wünsche, nach Mecklenburg-Vorpommern kommt, wenn sich herausstellt, dass unter allen Standorten, die wir in Deutschland finden, der geeignetste zu Mecklenburg-Vorpommern gehört. Ich hoffe das natürlich nicht. Uns werden dann schwierige Diskussionen bevorstehen, aber bei einer Haltung, die verantwortlich ist und die den Ausstieg will aus der Atomkraft, muss man sich darüber Gedanken machen, wo wir mit den furchtbaren Hinterlassenschaften dieser Technologie am Ende bleiben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Wi-

derspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier. Bitte schön.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete!

(Burkhard Lenz, CDU: Jawoll!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie sind ja eine der Fraktionen, die uns immer vorwirft, dass wir Anträge machen, die sowieso bekannt sind oder die überflüssig sind, weil die Haltung bewusst ist.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Frage, sage ich Ihnen erst mal, hat das Parlament seinen Willen schon mehrmals bekundet, und zwar einstimmig.

(Burkhard Lenz, CDU: Richtig.)

Insofern freue ich mich natürlich, dass es wieder eine Unterstützung der Landesregierung gibt. Aber ob wir ständig Anträge stellen müssen, wo quer durch das Parlament Einigkeit besteht, da stelle ich zumindest ein Fragezeichen dahinter, ob das hilfreich ist und ob das Sinn macht.

Dass Sie die Haltung der Landesregierung begrüßen, ist gut und schön. Sie kennen die letzte Erklärung unseres Ministerpräsidenten. Sie verweisen auf die Erklärung vom 26. Februar, da hat der Ministerpräsident keine Erklärung abgegeben. Sie meinen wahrscheinlich die Erklärung vom 20. Februar, dort hatte er eine Erklärung gemacht. Also insofern, wenn Sie so einen Antrag machen, dann bitte auch mit den korrekten Daten, sonst wird es wirklich nachher zum Schluss peinlich.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber Sie wissen, was wir meinen.)

Aber wir sind uns in der Sache einig. Sie wollen die Position der Landesregierung, und das ist eine Position, die einstimmig vom Parlament unterstützt wird, nämlich die Ablehnung einer Zwischenlagerung der sogenannten Castoren in Lubmin, auch zukünftig unterstützen. Herzlichen Dank dafür, wir werden auf der Linie weiterverfahren.

Aber jetzt mal echt, wozu dieser Antrag?

(Heinz Müller, SPD: Eben.)

Zum Thema „Zwischenlagerung von Castoren aus dem Ausland“ ist hier in Mecklenburg-Vorpommern von jedem, von jeder Partei, von jedem Regierungsmitglied, von allen Fraktionen alles, aber auch alles gesagt worden – und sogar alle mit dem gleichen Tenor.

Auf Ihre Fragen ist die Landesregierung ausführlich im Rahmen der Kleinen Anfrage zur Nutzung des Zwischenlagers in Lubmin für die Zwischenlagerung von Castoren aus Sellafeld eingegangen. Es handelt sich, nur noch mal zur Erinnerung, um die Drucksache 6/2719, unsere

Antwort, und die datiert vom 3. März 2014. Ich darf daran erinnern, was wir dort gesagt haben: „Einigkeit“ besteht „zwischen den Vertretern von Bund, Ländern und“ den Energieversorgungsunternehmen, „dass objektiv nachprüfbar Kriterien für die Entscheidung gefunden werden sollen, in welche Zwischenlager die“ 26 „Behälter transportiert werden“.

Es gibt eine Reihe von Entscheidungskriterien, aber noch keinen Auswahlvorschlag. Es sollen solche Zwischenlager bevorzugt werden, die über freie, bereits genehmigte Plätze für Castoren verfügen. Dazu gehört das Zwischenlager Nord nun einmal nicht und das dürfte allen in diesem Haus bekannt sein. Die eben zitierte Drucksache benennt weitere Kriterien der Standortauswahl, sie ist somit auch noch mal nachlesbar.

Es gilt weiterhin, dass die Entscheidung für bestimmte Standortzwischenlager nur mit Zustimmung der betreffenden Bundesländer erfolgen wird, und zwar nur, wenn die Bundesländer zustimmen, ansonsten gehen wir in Klageverfahren. Auch das ist ja bekannt. Zuständig ist zum Schluss das Bundesamt für Strahlenschutz.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Minister, lassen Sie eine Anfrage des Abgeordneten Suhr zu?

Minister Lorenz Caffier: Am Ende mache ich das. Am Ende, Herr Suhr, ja?

Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Darauf haben sowohl der Ministerpräsident, mein Haus, ich persönlich, aber auch der Energieminister, sowohl der Vorgänger als auch der jetzige, immer wieder hingewiesen.

Um es auch noch einmal deutlich zu sagen, die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, die sie tragenden Fraktionen und ich kann sagen, alle Fraktionen des Parlaments lehnen eine Zwischenlagerung der Castoren aus Großbritannien oder woher auch sonst ab. Das ist so, das bleibt so und daran wird sich, glaube ich – es würde mich jedenfalls sehr wundern –, auch hier im Haus nichts ändern.

Was gibt es also Neues zu sagen? Die Verhandlungsoption, der Verhandlungsauftrag für die Landesregierung ist somit eindeutig klar. Die Verhandlungen sind aber derzeit noch nicht abgeschlossen. Das gilt auch noch mit dem Stand von heute. Sie wissen oder sollten wissen, dass die Bundesregierung angekündigt hat, dass sie bestrebt ist, die Lösung bis zu Ostern zu finden – das ist in der Tat nicht mehr allzu weit –, sie verhandelt aktuell mit den Bundesländern.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nächste Woche.)

Wir haben unsere Mitglieder in die Kommission entsandt. Lassen Sie den Verhandlungspartnern also auch die Zeit, die sie sich selbst dafür gegeben haben, um zum Schluss eine Entscheidung zu treffen, und gehen Sie nach wie vor fest davon aus, dass die Haltung des Landes, der Fraktionen hier eindeutig ist.

Sobald es etwas zu berichten gibt, lieber Kollege Jaeger, wird die Öffentlichkeit unterrichtet, und zwar so, wie wir es immer im Fall des ZLN Lubmin gehandhabt haben, dass wir alles, seien es Havarien, seien es andere Entscheidungen, sofort öffentlich gemacht haben, damit

überhaupt nicht erst irgendwelche Geschichten entstehen. Es ist ein hochbrisantes Lager. Wir haben uns alle nicht darum geschlagen, ein solches zu bekommen. Das ist eine Entscheidung der Wiedervereinigung. Wir halten damit ein hohes Know-how, was den Rückbau betrifft. Wir können damit auch nach draußen sehr viel wissenschaftliche Leistungen transportieren und ich bin froh, dass wir dort vor Ort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die einen sehr, sehr guten Job machen, die das Ganze sehr ernst nehmen, und trotzdem ist das Land Mecklenburg-Vorpommern, sind die Bürgerinnen und Bürger ihrer Verpflichtung zum Rückbau nachgekommen.

Wir haben darüber hinaus sogar die Forschungsreaktoren der Bundesrepublik Deutschland mit aufgenommen, denn es ist ja ein Zwischenlager der Bundesrepublik Deutschland und nicht ein Zwischenlager des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Insofern haben wir unsere Verpflichtung gegenüber anderen auch eindeutig erfüllt. Gehen Sie fest davon aus, dass wir alles dafür tun werden und es auch momentan gar nicht realisieren können, weil – noch mal, auch das kennen Sie aus der Kleinen Anfrage – die Flächen zur zusätzlichen Aufnahme von Castoren nicht vorhanden sind. Es bedürfte eines neuen Genehmigungsverfahrens. Ob das überhaupt genehmigt wird, ist ja in Frage gestellt, und die Zeiträume, um überhaupt erst mal dafür eine Grundlage zu schaffen, liegen irgendwo um die sechs Jahre plus x.

Insofern herzlichen Dank für Ihre Unterstützung, aber alle haben sich dazu schon mehrmals ausgesprochen. Ich gehe davon aus, dass sich an der Haltung auch nichts geändert hat. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Minister, lassen Sie noch die Anfrage zu?

Minister Lorenz Caffier: Ach so, Entschuldigung. Ja.

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Minister.

Herr Caffier, wie schätzt denn die Landesregierung die Dauer – Sie haben ganz zum Schluss noch etwas dazu gesagt – der Genehmigungsverfahren ein, die für den Standort Lubmin erforderlich wären im Vergleich zur Dauer der ebenfalls erforderlichen Genehmigungsverfahren für Zwischenlagerungen bei Atomkraftwerken, die Atom Müll aus Sellafield aufnehmen müssten, die nicht aus der eigenen Produktion heraus stammen?

Minister Lorenz Caffier: Also zunächst muss man wissen, dass in der vertraglichen Regelung und auch in der gesetzlichen Vorlage steht, dass die Reaktoren dort aufzunehmen sind oder die Kernbrennstäbe, wo sie entstanden sind, und die sind nun mal nicht in Mecklenburg-Vorpommern entstanden, die sind auch nicht im Osten oder in den neuen Bundesländern entstanden, sie sind in anderen Teilen der Bundesrepublik entstanden. Damit ist schon mal ein Kriterium von vornherein ganz klar geregelt, dass wir nicht dem Gesetzestext entsprechen würden, wenn man so eine Entscheidung fällen würde.

Zweitens. Ich kann das nur für das Land sagen, dass wir von mindestens fünf Jahren und mehr ausgehen. Es gibt aber in Deutschland Standorte, wo bereits die Vorarbeiten getroffen worden sind, wo bereits Entscheidungen getroffen worden sind, dass man auch aufnehmen könnte, wenn denn die Voraussetzungen geschaffen werden. Sie wissen auch, dass wir einen relativ hohen Zeitdruck haben, weil die Entscheidung schon lange auf sich warten lässt und wir mit jedem Jahr länger, wo wir als Bundesrepublik Deutschland die Reaktoren nicht zurücknehmen, mit Strafzöllen belegt werden.

Insofern gehe ich davon aus, dass die Planungs-, Bau- oder Entscheidungsfristen in anderen Standorten um ein Vielfaches geringer sind. Das ist mir auch bekannt, aber ich bin Minister für Mecklenburg-Vorpommern, insofern kann ich hier nur verbindliche Aussagen über das Land machen, was die Planungsfristen betrifft. Aber die stehen derzeit sowieso für uns nicht an, weil ich, und ich glaube, auch darüber sind wir uns einig, nicht vor habe, ein weiteres Zwischenlager zu planen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Dahlemann von der Fraktion der SPD.

Patrick Dahlemann, SPD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Das Thema „Atomausstieg aus der Kernenergie“, Ausstieg generell hat die ganze Bundesrepublik beschäftigt – zu Recht, wie wir finden.

Die SPD und auch die GRÜNEN, so viel sei Ihnen an dieser Stelle fairerweise zugestanden, haben diesen Prozess maßgeblich und vor allem gemeinsam gestaltet. So war es doch 2002 die rot-grüne Bundesregierung, die diesen weitreichenden Beschluss fasste und den Ausstieg beschlossen hat – ziemlich fortschrittlich für diesen Zeitpunkt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Ein heftiger Rückschritt verursachte, und das durch die schwarz-gelbe Bundesregierung im Jahr 2010, diesen Prozess zu stoppen.

An den Folgen des Ausstiegs aus dem Atomausstieg knabbern Investoren und Industrie im Bereich der erneuerbaren Energien zum Teil noch heute, auch in unserem Land. Sprechen Sie dazu mal mit den Unternehmen! Ich könnte hier mit Blick auf die Eisengießerei Torgelow und deren Zulieferern durchaus berichten, aber das ist ein anderes Thema.

Die Naturkatastrophe und der damit verbundene GAU in Japan führten zum Einlenken und zur Einsicht. Die CDU und die FDP kehrten auf den Weg der Vernunft zurück. Wir erinnern uns sicher alle an Begriffe wie Moratorium, Neckarwestheim, Biblis, Brunsbüttel, Krümmel und so weiter. Dieser wichtige gesellschaftliche Konsens wäre wahrscheinlich vor Fukushima kaum denkbar gewesen.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

So viel zum Thema Energieerzeugung. Aber da war ja noch was – der Müll. Gut, darüber hat man sich nicht so intensiv Gedanken gemacht und dieses ganze Thema in Sachen Endlagersuche auf die lange Bank geschoben.

(Torsten Renz, CDU: Die Ortsverbände haben sich schon Gedanken gemacht.)

Aber nun stehen wir da und müssen eine Lösung finden. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit und für mich als jüngster Abgeordneter in diesem Haus ein persönliches Anliegen.

Wenn man den Begriff „Sellafeld“ googelt, sind die ersten Ergebnisse häufig: Störfälle, schwerster Brand im Jahr 1957, Leck 2005, 83.000 Liter radioaktive Flüssigkeit ausgelaufen – eher unheimlich, und das in Europa. Aber wir wollen den Menschen nicht Angst machen, sondern uns für das Land an dieser Stelle positionieren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aus dem Koalitionsvertrag zitieren. Der Innenminister hat ihn so sehr verinnerlicht, dass ich ihn an dieser Stelle noch mal zitieren möchte. Punkt 368: „Die Koalitionspartner werden sich in Umsetzung der entsprechenden Landtags- und Kabinettsbeschlüsse aus den vorherigen Legislaturperioden weiterhin gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass das Zwischenlager Nord am Standort ... Lubmin ausschließlich zur Zwischenlagerung für ... Greifswald/Lubmin und Rheinsberg genutzt wird. Sie werden jeglichen Versuchen der Erweiterung des Zwischenlagers oder der unbefristeten Einlagerung radioaktiver Stoffe Dritter mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln entgegenzutreten.“ Wie ich finde, ein sehr detaillierter und sehr genauer Punkt im Koalitionsvertrag.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das war uns auch wichtig.)

Meine Damen und Herren der GRÜNEN, dieser Vertrag ist maßgebliche Grundlage für die Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen, erarbeitet und beschlossen von Ihnen. Also gut, vielleicht nicht von den GRÜNEN,

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der entscheidende Unterschied.)

aber von den Abgeordneten der Regierungsfractionen.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All diese kennen das Papier ganz genau und eindeutig.

Im Vorfeld dieser Rede habe ich mich natürlich mit meinen Kollegen verständigt, die schon etwas länger im Geschäft sind als ich. So konnte ich erfahren, dass dieses Thema nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung steht. Der Passus im Koalitionsvertrag verdeutlicht das ebenfalls: „entsprechenden Landtags- und Kabinettsbeschlüssen aus den vorherigen Legislaturperioden“.

(Heinz Müller, SPD: Ganz genau.)

Also müssen wir an dieser Stelle das Rad nicht neu erfinden. Gut, das muss man uns – da beziehe ich mich jetzt mal ein – eben auch verzeihen, damals waren Sie noch nicht im Landtag, genauso wie ich.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war aber jetzt keine ernsthafte
Auseinandersetzung mit dem Thema.)

Sie können alles rund um Lubmin und die Castortransporte gebetsmühlenartig wiederholen, aber davon wird das Thema nicht mehr oder weniger wichtig. Ich kann durchaus verstehen, dass Sie die politische Deutungshoheit als GRÜNE bei dieser Thematik im Land gerne erringen wollten,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

aber akzeptieren Sie doch einfach, dass unser Ministerpräsident Erwin Sellering mit Unterstützung des Innenministers die Thematik „Zwischenlager Lubmin“ zur Chefsache gemacht hat.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Chefsache“ definieren wir unterschiedlich. –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kennen doch die Pressemitteilung des Ministerpräsidenten vom 20. Februar – nicht vom 26., wie Sie geschrieben haben –, der Innenminister ist darauf eingegangen.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier nimmt er die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen Bundesumweltminister beim Wort, die im Juni 2013 erklärt haben, dass keine weiteren Castoren nach Lubmin gehen sollen. Außerdem erklärt er: Wir sind nicht bereit, weitere Behälter aufzunehmen. Diese Haltung findet großen Rückhalt in der Bevölkerung, nicht nur in Vorpommern, sondern im ganzen Land.

Ich will an dieser Stelle an die große Demonstration in Greifswald erinnern, an der neben dem Ministerpräsidenten Tausende Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Schon da – unter anderem Heinz auch, genau –, also im Jahr 2010, bekräftigte er seine Haltung. Die Antwort des Innenministers auf Ihre Kleine Anfrage vom 3. März zielt in die gleiche Richtung. Man hat den Eindruck, wenn man die Kleine Anfrage liest und Ihren Antrag an dieser Stelle, dass Sie die berühmte Copy-and-Paste-Methode hier beansprucht und Ihren Antrag kopiert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Unsere eigenen Anträge kopieren, ja? –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da geht vielleicht ein Dank an die fleißigen Mitarbeiter im Ministerium, die diesen Antrag und die Anfrage formuliert haben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ein bisschen alt, eigene
Anträge abzuschreiben.)

Also ich will mit einem Sprichwort enden: „Wer nicht kommt zur rechten Zeit, der muss nehmen, was übrig bleibt“, liebe Fraktion der GRÜNEN. Diesen Antrag können wir ablehnen, da er durch Regierungshandeln und bestehende Beschlüsse Konsens ist.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bitte spielen Sie nicht mit den Ängsten der Menschen und vertrauen Sie der Regierung des Landes von Mecklenburg-Vorpommern! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Vorbemerkungen:

Erstens, Herr Dahlemann, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Insbesondere für die Opposition.)

Genau, insbesondere von der Opposition, das ist unser Auftrag.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die zweite Vorbemerkung: Allein die Tatsache, dass wir hier in diesem Landtag in den vergangenen Legislaturperioden mehrfach das Thema partei- und fraktionsübergreifend sehr eindrücklich diskutiert haben und zu einhelligen Beschlüssen gekommen sind, widerlegt doch die Aussage, dass wir das jetzt nicht machen müssen. Das ist doch überhaupt nicht logisch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee,
was Sie sagen, klingt nicht logisch.)

Wenn wir das in vergangenen Legislaturperioden konnten, warum können wir das jetzt nicht?

Meine Damen und Herren, in Sellafeld stehen über 20 Castoren mit hoch radioaktiven Abfällen, die nach Deutschland zurückkommen sollen – das wurde schon gesagt –, und keiner, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, will sie haben. Auch Mecklenburg-Vorpommern will sie nicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Eigentlich will die niemand, ne?
Eigentlich will die ja niemand.)

Alle früheren Landesregierungen haben bisher auf verschiedensten Wegen gegenüber dem Bund deutlich gemacht, dass das Zwischenlager Nord erstens lediglich für Abfälle aus den ehemaligen Atomkraftwerken Lubmin und Rheinsberg vorgesehen war und dass sich das nach dem Willen des Parlaments auch nicht ändern soll. Nun, das hat schon mal nicht so richtig gehalten, denn darüber hatte sich ja in der Vergangenheit der Bund hinweggesetzt. Aber nun ist zweitens das Zwischenlager auch voll. Das heißt, ganz voll ist es noch nicht, es gibt noch 3 freie Plätze, die bereits Genehmigungen erhalten haben, und 40 Plätze, die nicht genehmigt sind. Dafür müsste ein mehrjähriges Genehmigungsverfahren in Angriff genommen werden und das scheut offenbar auch der Bund, zumindest bisher. 2015 sollen die ersten Castoren aus Sellafeld zurückkommen.

Das waren immer politische Erklärungen, unsere hier im Hause und auch die der Landesregierung, ohne rechtli-

che Bindungswirkung. Rechtlich könnten wir auch heute nichts ändern, wenn sich denn die Bundesregierung entschließen würde, Lubmin in Betracht zu ziehen. Trotzdem ist im Vergleich zu früher schon ein Unterschied bei der jetzigen Landesregierung zu erkennen. Die Vehemenz, mit der eine Zwischenlagerung in Lubmin ausgeschlossen wird, ist deutlich größer als in den Jahren, als die Castoren mit fremdem Atomabfall durch unser Land gefahren wurden.

Nun könnten Sie ja sagen, dann ist doch alles gut – Sie tun es ja auch, der Antrag ist also wieder mal nicht nötig. Allerdings ist es eben doch nicht so einfach: In Lubmin gibt es ein bundeseigenes Zwischenlager. Die Bayern und andere Länder weigern sich strikt, die Castoren aufzunehmen, obwohl gerade in diesen Ländern Atom- müll in Masse produziert wird. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben in diesem Diskussionsprozess bisher geäußert, am besten sei doch Lubmin. Und weiter kommt dazu, dass bei der Suche nach einem Endlagerstandort ein Fortschritt nicht zu erkennen ist. Erst gestern ging durch die Medien, dass die Kommission, die jetzt ihre Arbeit mit der Suche beginnt, zumindest nicht wie vorgesehen auch von den Umweltverbänden genutzt werden will. Das heißt, die Zwischenlager werden noch auf unbestimmte Zeit ihre gefährliche Fracht beherbergen müssen.

All das sind auch aus unserer Sicht keine guten Voraussetzungen für eine Weigerung Mecklenburg-Vorpommerns, keine weiteren Castoren aufzunehmen. Ich lege jedenfalls meine Hand dafür nicht ins Feuer.

Bis Ostern soll nun die Entscheidung gefallen sein. Na ja, wir werden sehen. Und trotzdem denke ich, dass es gerade in dieser Situation nicht schaden kann, sondern eher nützen würde, wenn wir alle gemeinsam – wie in den vergangenen Legislaturperioden – der Landesregierung nochmals den Rücken stärken. Wenn es doch anders kommt und der Bund jetzt die drei noch freien Plätze, die bereits genehmigt sind, nutzen will und eine weitere Genehmigung in Angriff nimmt, was machen wir dann? Sitzen wir dann alle gemeinsam auf den Schienen, um die Castoren nicht durchzulassen? Das glaube ich dann doch eher nicht. Deshalb wäre es umso wichtiger, dass der Landtag sein Bekenntnis erneuert. Wir stimmen jedenfalls dem Antrag zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Marc Reinhardt, CDU: Das ist schön.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Silkeit von der Fraktion der CDU.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der eine oder andere weiß ja, dass ich im Grunde meines Herzens

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dass Sie ein GRÜNER sind. –
Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ein GRÜNER!)

harmoniesüchtig bin, Herr Suhr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach so?! –
Jochen Schulte, SPD: Aber
nur im Grunde des Herzens.)

Aber nehmen wir einmal an, Herr Suhr, ich wäre böswillig, dann hätte ich mich gestern dem Landwirtschaftsminister bei seinem Osterspaziergang angeschlossen, und raten Sie mal – es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, dann haben Sie die Antwort –: Was hätte ich da wohl gefunden?

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ostern ist doch noch gar nicht. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Na?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Osterei? –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Ei ist richtig, aber Osterei, Frau Gajek?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und was hat das jetzt mit dem Antrag zu tun? –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ist ja noch nicht Ostern.)

Ich hätte wahrscheinlich ein Kuckucksei gefunden.

(Zurufe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach so?! Oh!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren der GRÜNEN, ich meine damit nicht Ihren Antrag, sondern den Umstand, dass wir uns heute hier im Landtag über Transporte aus Sellafeld überhaupt unterhalten müssen.

Herr Jaeger, wenn Sie sagen, wir waren schon immer gegen die Castoren, dann sage ich Ihnen: Das war eine flotte These. Es war Ihr Kollege Trittin, der meinte, die Entscheidung von Angela Merkel aufheben zu müssen, und im Jahr 2000 erstmalig wieder die Transporte in die Wiederaufbereitungsanlage Sellafeld zuließ als grüner Bundesumweltminister.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wissen Sie auch, warum?
Haben Sie sich damit beschäftigt, warum?)

Ich erinnere ganz einfach mal daran, im Jahr 1998,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist kein GRÜNEN-Minister,
sondern ein Bundesminister gewesen.)

weil das ja dem einen oder anderen entfallen ist – und jetzt kommen die Castortransporte, lieber Kollege Nieszery –, stoppte die Umweltministerin Angela Merkel diese Transporte unter anderem wegen erheblicher Sicherheitsbedenken und undichter Castoren.

(Marc Reinhardt, CDU:
Siehste, Angie wars wieder!)

Und so ganz nebenbei, Sie haben darum gebeten, deshalb auch diese kleine Anekdote: Nun dürfen Sie raten, wer eine der Verhandlungen zu diesem Thema „Undichte Castoren“ geführt hat mit Frau Dr. Merkel – das war ich, und zwar fand diese Verhandlung in Lubmin statt.

(Marc Reinhardt, CDU: Michael!)

Insofern war das wohl ein historisches Ereignis, und nicht nur für mich.

(Torsten Renz, CDU: Können wir
das noch mal hören, Michael? –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Zwei Jahre später kippte allerdings ein GRÜNER, auch im Wissen um die diffizilen Zustände in Sellafeld, diese Entscheidung. Mit Verlaub gesagt, liebe Damen und Herren der Bündnisgrünen, derartige Entscheidungen ordnen sich nach meinen Erfahrungen

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie wissen schon, dass es
Verträge gibt und Bundesgesetze gibt
und so weiter und dass nicht jeder
machen kann, was er will?)

konsequent in Ihre grüne Erfolgsgeschichte, genannt Umweltpolitik, ein. Und mal so ganz nebenbei, Gorleben kann ein Lied davon singen.

Ich erinnere mich noch sehr gut, Jürgen Trittin genehmigte die Transporte und anschließend liefen die GRÜNEN vereint Sturm gegen die Castoren. Es war natürlich eine schwarz-gelbe Bundesregierung, die zu diesem Zeitpunkt am Ruder war,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die wieder Atomkraft nach
vorne bringen wollte, das war der Punkt!)

und nicht mehr derjenige, der die Transporte genehmigt hatte.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Weil wir schon seit 40 Jahren an der
Spitze der Anti-AKW-Bewegung sind.)

Aber, Herr Suhr, jetzt will ich mich doch mit Ihrem Antrag beschäftigen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, ja! –
Vincent Kokert, CDU: Das lohnt
aber eigentlich nicht.)

Und ich lasse Sie,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

und ich lasse Sie auch an meiner ersten Reaktion teilhaben, die lautete: Wie oft eigentlich noch?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Bis es geklärt ist. –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und glauben Sie mir – auch in dieser Landtagssitzung kein einmaliges Erlebnis –, ich habe mir immer wieder in ganz stillen Momenten gewünscht, dass es irgendwann in unserer Geschäftsordnung auch Kriterien für qualitative Anträge gibt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh, da müssen Sie aber noch ein
bisschen nachholen als CDU-Fraktion.)

Aber Sie wissen ja, Frau Gajek, die Hoffnung stirbt zuletzt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Da hätten Sie aber schlechte Karten,
das will ich Ihnen mal sagen. –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt einfach wieder auf meine Frage zurück: Wie oft eigentlich noch? Bei dem vorliegenden Thema bin ich fest davon überzeugt, dass inzwischen jeder Journalist in diesem Land die Meinung des Ministerpräsidenten, des Innenministers, der Landesregierung und des Landtages beschreiben kann, ohne diese vorher überhaupt zu befragen, so oft, meine sehr verehrten Damen und Herren der GRÜNEN, haben sich unsere Landesregierung und der Landtag klar und unmissverständlich und für jedermann nachvollziehbar zu diesem Thema geäußert – außer für Sie.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Also Atompolitik und CDU,
das ist doch nicht nachvollziehbar.
Das geht rein und raus und ...)

Das ist auch völlig normal, Herr Jaeger, da bin ich doch vollkommen bei Ihnen, und absolut richtig, denn Lubmin geht uns alle an und interessiert uns auch alle.

Ich frage Sie, lieber Herr Jaeger – auch wenn ich Ihrem Argument durchaus folgen kann, dass Sie uns wieder mal motivieren wollten, dieses Bekenntnis zum zweihundertsten Mal hier abzugeben –, ich frage Sie: Was war eigentlich an der letzten Antwort auf Ihre Kleine Anfrage vom 03.03.2014 nicht zu verstehen und was bitte bezwecken Sie mit Ihrem Antrag, außer noch mal allen klarzumachen, dass Sie gegen Atomenergie sind und das Land auch? Ich weiß es nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Verfestigung von Kernkompetenzen.)

Lubmin verfügt bis zum jetzigen Zeitpunkt weder über die erforderlichen Genehmigungen zur Einlagerung, noch entspricht das Zwischenlager den Erfordernissen des Atomgesetzes.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was?
Dann müsste es geschlossen werden!)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: In diesem Zusammenhang, liebe Frau Mignon Schwenke, denn wir haben ja gar nicht den Platz, das wissen Sie selber, da haben Sie vorhin selbst noch mal darauf hingewiesen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, dann sagen Sie das bitte auch so!)

Die Landesregierung hat sich unzählige Male und unmissverständlich gegen eine Einlagerung von Castorbehältnissen aus Sellafield in Lubmin ausgesprochen. Mehr kann sie nicht tun. Ein absolutes Nein ist nicht steigerungsfähig und etwas anderes werden Sie von meiner Fraktion auch nicht hören. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Köster kommt auch noch, oh! –
Heinz Müller, SPD: Es bleibt
einem auch nichts erspart!)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Müller, da müssen Sie durch.

(Heinz Müller, SPD: Sag ich ja.)

Es bleibt festzuhalten, wer dieser Landesregierung vertraut, der ist verloren. Vielleicht ist auch ein Hintergrund des Antrages der GRÜNEN, dass Frau Merkel im Internet als „Honeckers Rache“ bezeichnet wird

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

und dass man ihr deswegen auch nicht vertrauen sollte.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sicherlich kann man darüber streiten, ob der Antrag der GRÜNEN notwendig ist, aber lieber ein Antrag mehr, als hinterher von der Landesregierung wieder zu erfahren: Wir haben alles versucht, aber wir waren wie immer machtlos.

26 Castorbehälter, die in den kommenden Jahren aus Frankreich und Großbritannien zurückgenommen werden müssen, suchen ein neues Zuhause. Die Bundesregierung schließt nicht aus – und darum geht es nämlich hier, Herr Dr. Nieszery und Herr Müller –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Köster!)

dass diese Castoren teilweise in Lubmin unterkommen könnten, obwohl sich selbst, wie wir es gerade gehört haben, die Landesregierung gegen eine weitere Aufnahme radioaktiver Reststoffe ausgesprochen hat. Und die Landesregierung, so hörten wir es auch, werde alle zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um eine Einlagerung zu verhindern. Hoffentlich bleibt es auch dabei! Ich persönlich habe da große Zweifel.

Angeblich kann die Landesregierung hierbei auch auf die Unterstützung der Bundeskanzlerin bauen. Auf diese Unterstützung konnten schon viele bauen und sie wurden hinterher von dieser Kanzlerin im Stich gelassen. Warten wir es also ab!

(Udo Pastörs, NPD: Gorleben.)

Theoretisch könnten nämlich noch Stellplätze mit Castoren belegt werden. Für die Energiewerke Nord, ein Bundesunternehmen, sicherlich auch ein lohnendes Geschäft. Für die Zwischenlagerung fließt Geld, wobei der Begriff „Zwischenlagerung“ so was von irreführend ist, denn der Zeitraum einer Zwischenlagerung umfasst in der Regel mindestens 50 Jahre. Für die Lagerung von Atomreststoffen sicherlich ein kurzer Zeitraum, aus der Perspektive eines Menschenlebens sieht der Sachverhalt allerdings ganz anders aus.

Es ist davon auszugehen, sofern die Länder sich nicht auf eine Lösung des Problems einigen sollten, dass die

Castoren dort untergebracht werden, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist, und da bietet sich ein Bundesland an, das innerhalb der letzten 25 Jahre beinahe 20 Prozent seiner Einwohner verloren hat. Insofern, dieser Landesregierung sollte man niemals vertrauen.

Die NPD-Fraktion stimmt dem Antrag der GRÜNEN zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Silkeit hat doch in der Tat heute den Renz gemacht. Es hätte nur noch gefehlt, dass Sie sich an die Spitze der Atombewegung gestellt und gesagt hätten,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

vor 40 Jahren war ich schon federführend vorne.

(Thomas Krüger, SPD:
Aber, Herr Suhr, das war gut, ne?)

Gut war das, keine Frage.

Es ist ja schon ein bisschen betrüblich – Johann-Georg Jaeger hat auf den Kollegen Habeck orientiert und er hat das zu Recht gemacht –, schon ein bisschen betrüblich, dass diejenigen, die heute Gott sei Dank in Verantwortung sind in den Umweltministerien, beispielsweise in Schleswig Holstein, dass sie sich um die Probleme kümmern müssen, die seinerzeit federführend die CDU mit ihrer Atompolitik gemacht hat. Das, in der Tat, meine Damen und Herren, ist schon betrüblich.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Sie hatten zu Hause
das Licht ja immer aus, Herr Suhr.)

Und wer Osterspaziergänge vor Ostern macht, muss sich nicht wundern, wenn er Kuckuckseier findet,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was? Wie?
Wie soll ich das denn verstehen?)

aber möglicherweise sind es auch eher die eigenen, die dann irgendwo am Boden liegen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die CDU ist auch
nicht mehr das, was sie mal war.
Osterspaziergänge zu dieser Zeit!)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema,

(allgemeine Unruhe)

das Thema ist zu ernst, um nur auf die eine oder andere süffisante Bemerkung der Vorredner einzugehen, und

ich will mit der Argumentation, die hier sehr federführend war von denen, die angekündigt haben, diesen Antrag abzulehnen, auch sehr ernsthaft umgehen. Ich glaube, das ist ein ernsthaftes Argument, zu sagen, na ja, wie oft hat dieser Landtag das denn schon hier beschlossen,

(Heinz Müller, SPD: Genau.)

ist das notwendig und ist nicht eigentlich die Landesregierung geradlinig in dieser Frage. Ich sage an dieser Stelle ganz eindeutig als Oppositionspolitiker, die Landesregierung ist – da steht auch kein Zweifel im Antrag, Herr Caffier – klar, geradlinig und eindeutig, und das finde ich gut so. Das haben wir auch in der Vergangenheit immer öffentlich so kommentiert. Aber man muss sich genauso ernsthaft, finde ich, anschauen, in welcher Situation wir uns im Augenblick befinden und ob diese Situation möglicherweise eine andere, eine brisantere ist als die Situation, wie wir sie zu dem Zeitpunkt vorgefunden haben, als dieser Landtag sich auch schon mehrfach eindeutig positioniert hat. Da will ich nur mal ein paar Fakten nennen, von denen ich finde, dass es sich lohnt, sich damit auseinanderzusetzen.

Erstens. Herr Caffier hat darauf hingewiesen, dass Ostern – also sehr, sehr kurzfristig – eine Lösung für die Aufnahme der 21 Sellafeld-Castoren vorgestellt werden soll. Da muss man sich mal angucken: Wie kommt denn die zustande? Die kommt zustande, indem Sie eine Zustimmung der dann betroffenen Länder haben. Mir sind bisher nur die Zustimmung aus Schleswig-Holstein und die Zustimmung aus Baden-Württemberg, die aber nicht Sellafeld-Castoren betrifft, bekannt.

Dann brauchen Sie zum Zweiten, was die Einlagerung angeht, die Zustimmung der AKW-Betreiber oder Sie müssen sie zwingen.

Und dann stelle ich außerdem fest, dass es bisher, trotz mehrmonatiger Verhandlungen, keine einvernehmliche Lösung gibt. Die von Johann-Georg angesprochenen Bundesländer Hessen und Bayern haben sich nicht bewegt. Bekannt ist auch, dass das Bundesland Schleswig-Holstein, welches sich über Robert Habeck, den GRÜNEN-Umweltminister, bewegt hat, überaus problematisch ist vor dem Hintergrund des Rechtsstatus, den wir in Bezug auf Brunsbüttel einfach zur Kenntnis zu nehmen haben. Das ist in der Tat eine neue Situation.

Und jetzt will ich mal zitieren, was vonseiten der Bundesregierung gesagt wird. Anfang März hat dort, ich zitiere, die Pressesprecherin des Bundesumweltministeriums, des Staatssekretärs Jochen Flasbarth, ausgeführt, Zitat: „Ich habe jedenfalls für den Bund erklärt, dass wir keinen Standort ausschließen.“ Keinen Standort ausschließen heißt auch, Lubmin nicht auszuschließen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

So ist einfach mal die Faktenlage.

Jetzt an dieser Stelle zweifle ich überhaupt nicht, nicht im Ansatz, an dem, was Herr Caffier hier in seiner inhaltlichen Positionierung gesagt hat. Ich zweifle auch nicht im Ansatz an dem, was der Ministerpräsident deutlich erklärt hat. Ich kann aber, entschuldigen Sie das harte Wort, verdammt noch mal nicht verstehen, warum Sie sich

deshalb in so einer Situation einer Zustimmung des Landtages zu Ihrer Haltung erwehren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Verstehe ich nicht, das will mir sachinhaltlich nicht in den Kopf.

(Beifall Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Und deshalb,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist doch Prinzip.)

sehr geehrte Damen und Herren ...

(Vincent Kokert, CDU: Es gab doch schon paar Mal Zustimmung des Landtages zur Haltung der Landesregierung! Wir müssen doch nicht jedes Mal den Quatsch, den Sie uns hier vorlegen, erneut abstimmen. Was soll das?!)

Lieber Kollege Vincent Kokert, ich habe doch gerade die Situation erläutert, in der wir offensichtlich gemeinsam stehen, und ich erwarte auch von den Regierungsfractionen,

(Vincent Kokert, CDU: Sie wollen auch mal einen abgestimmten Antrag haben, ist schon klar.)

dass sie an der Stelle mal über ihren Schatten springen in dieser Situation, die neu für uns ist,

(Vincent Kokert, CDU: Wir springen aber nicht über jedes Stöckchen, das Sie uns hinhalten!)

weil Gorleben entstanden ist – auch mit unser aller Zustimmung – und hier hineinfließt und wir einfach einen Standort brauchen, der abweicht von dem, was wir in der Vergangenheit hatten, nämlich dass die Castoren von den AKWs zurückgenommen werden, in denen sie produziert worden sind. Und dazu bedarf es auch der Genehmigungsverfahren, auch das ist eine neue Situation.

Insofern, sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, es würde uns allen guttun – springen Sie über Ihren Schatten! –, wenn der Landtag sich hier noch mal eindeutig positionieren würde in dieser neuen Situation und der Landesregierung eine deutliche Rückendeckung geben würde. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dr. André Brie, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2836. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2836 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NP.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Patientenrechte bei elektronischer Gesundheitskarte gewährleisten, Drucksache 6/2827.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Patientenrechte bei elektronischer
Gesundheitskarte gewährleisten
– Drucksache 6/2827 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Mensch wird zum Datensatz. „Wenn es ein Phänomen wie das absolute Böse überhaupt gibt, dann besteht es darin, einen Menschen wie ein Ding zu behandeln“, schrieb John Brunner in seinem prophetischen Werk „Der Schockwellenreiter“. Das war 1975, fünf Jahre später war „Rasterfahndung“ das Wort des Jahres. Nun geht es um die elektronische Gesundheitskarte.

Warum das ganze Theater mit der elektronischen Gesundheitskarte? Die offizielle Variante: Das Foto soll Kartenmissbrauch vorbeugen, später sollen Notfalldaten auf der Karte Leben retten und eine elektronische Gesundheitsakte soll die Medizin revolutionieren. Tatsächlich könnte es aber um etwas ganz anderes gehen. Die Gier nach den Medizindaten der Bürger ist immens.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch jetzt schon so.)

Die privaten Klinikkonzerne scharren schon mit den Füßen. Sie könnten mit den Medizindaten ihre Profite weiter kräftig steigern, denn nur mit vielen teuren Behandlungen sprudeln die Renditen. Es besteht die Gefahr, dass der Weg direkt in die Überwachungsmedizin geebnet wird, denn die elektronische Krankenakte soll zentral in einem Rechenzentrum gespeichert werden. Zentral gespeicherte Daten sind jedoch keineswegs sicher, da es keine hundertprozentige Sicherheit für die Datenaufbewahrung gibt.

Die Erfahrung gerade auch in jüngster Zeit zeigt, dass mit dem Entstehen von Datensammlungen immer auch neue Begehrlichkeiten auf die Nutzung dieser Daten entstehen. Gefahr droht nicht nur von nicht autorisierten Nutzern, wie den Arbeitgebern, öffentlichen Dienststellen oder privaten Versicherungen, sie droht auch durch die berechtigten legalen Nutzer wie die gesetzlichen Krankenkassen. Für sie werden die Versicherten und die medizinischen Leistungsanbieter in ihrem Verhalten faktisch durchsichtig. Mit dem vorgesehenen elektronischen Rezept können Patienten beispielsweise in Risikogruppen eingeteilt werden. Eine Benachteiligung, die den Patienten ein Leben lang anhaftet und sie benachteiligt, ist nicht ausgeschlossen. Die Patienten könnten sich nicht dagegen wehren.

Mit der später vorgesehenen Ausdehnung der Anwendungsmöglichkeiten, wie etwa die Datenspeicherung von Laborbefunden, Diagnosen und Patientenakten, entstehen nicht nur riesige Datensammlungen über Patienten. Die Kassen könnten dann auch noch stärker auf die medizinischen Leistungserbringer einwirken. Die elektronische Gesundheitskarte soll schließlich Kosten sparen. Obwohl gebetsmühlenartig beteuert wird, die Daten seien

verschlüsselt und daher absolut sicher, sind Zweifel an der Datensicherheit nicht ausgeschlossen. Daher ist ein Umdenken erforderlich.

Der Landtag sollte deshalb die Landesregierung auffordern, sich noch 2014 im Bundesrat für die Gewährleistung der Grundrechte auf informelle Selbstbestimmung und Vertraulichkeit bei der elektronischen Gesundheitskarte einzusetzen. Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann die im vorliegenden Antrag formulierten Befürchtungen ehrlich gesagt nicht nachvollziehen. Auch mir sind die Patientenrechte wichtig, doch im Gegensatz zu der Fraktion DIE LINKE bin ich überzeugt, dass die elektronische Gesundheitskarte diese Rechte sogar stärkt.

Kaum eine Gesundheitsministerkonferenz kam in der Vergangenheit ohne dieses Thema aus und wir sind froh, das möchte ich auch noch mal ganz deutlich betonen, dass die elektronische Gesundheitskarte nun endlich nach und nach eingeführt wird.

Viele von uns haben sie schon in ihrem Portemonnaie, doch was bringt sie? Sie verbessert die Qualität der medizinischen Versorgung, weil der Arzt oder die Ärztin einen sicheren und schnellen Zugang zu allen notwendigen Informationen über den Patienten erhalten kann, sofern der Patient dies wünscht. Befunde können schnell und sicher von Arzt zu Arzt übermittelt und müssen nicht mehr per Post versandt werden. Die gespeicherten Notfalldaten, also Angaben der Vorerkrankungen und Allergien, könnten lebensrettend sein. Der Versicherte kann auf der Karte auch seine Bereitschaft zur Organspende dokumentieren. Die Rückseite kann als Europäische Krankenversicherungskarte genutzt werden, was wiederum bürokratische Hürden abbaut. Ungültige, gestohlene oder verlorene Karten können besser als bisher identifiziert werden. Missbrauchsmöglichkeiten werden so eingedämmt.

Nach Aussage des Bundesbeauftragten für den Datenschutz wird die elektronische Gesundheitskarte sogar zu einer Verbesserung des Datenschutzes in den Arztpraxen führen, denn bei der elektronischen Gesundheitskarte steht das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des Versicherten im Mittelpunkt. Die Versicherten können darüber entscheiden, welche ihrer Gesundheitsdaten aufgenommen und welche gelöscht werden. Sie können auch entscheiden, ob und welche Daten sie einem Leistungserbringer zugänglich machen. Ferner haben sie das Recht, die über sie gespeicherten Daten zu lesen und die Löschung der freiwillig erhobenen Daten zu verlangen.

Für die Übermittlung der sensiblen Gesundheitsdaten wird ein sicheres Gesundheitsnetz geschaffen. Die Daten

werden dort verschlüsselt eingespeist und können nur dann wieder entschlüsselt werden, wenn der Heilberufsausweis des behandelnden Arztes sowie die Gesundheitskarte des Patienten gleichzeitig in das Kartenlesegerät gesteckt werden. Der Patient muss darüber hinaus der Entschlüsselung seiner Daten durch Eingabe seiner PIN zustimmen. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Notfalldaten.

Die einzige Anwendung, die gesetzlich vorgeschrieben ist, ist das elektronische Rezept, alle anderen Anwendungen und somit auch alle medizinischen Daten dürfen nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Versicherten auf freiwilliger Basis gespeichert werden.

Die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sind ausreichend geregelt, insbesondere im Bundesdatenschutzgesetz. Sollte es Missbrauchsfälle geben oder sollten andere Probleme auftauchen, hat jeder Versicherte die Möglichkeit, sich mit Fragen und Beschwerden an die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder zu wenden. Ich sehe aus den vorgetragenen Gründen daher überhaupt keine Veranlassung, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für ein spekulativer Antrag der LINKEN! Sie arbeiten mit Unterstellungen weitreichender Art, dass einem Hören und Sehen vergehen kann. Jede komplexe Datensammlung birgt nach Ihrer Auffassung Gefahr von Missbrauch,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, genau. Das merken wir gerade, wenn es um NSA geht, dass wir da wirklich völlig vertrauen können. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

also auch die elektronische Gesundheitskarte. Auch die testweise Nutzung weckt bereits Begehrlichkeiten, Missbrauch strömt aus allen Ecken. Ein ganzes gesellschaftliches System voller Misstrauen und Begehrlichkeiten, ja, so ist Ihr Weltbild, meine Damen und Herren von den LINKEN.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Und nicht unberechtigt, Herr Schubert, wie wir ja alle wissen.)

Nicht unberechtigt? Ich denke, die Ministerin hat ausführlich berichtet. Es gibt Pflichtenwendungen und es gibt freiwillige Anwendungen. Und die meisten Anwendungen sind freiwillig, sodass jeder Patient entscheiden kann, was soll an Daten auf diese Karte. Einen besseren Datenschutz gibt es überhaupt nicht. Dann gibt es die PIN-Nummer, so wie bei der Bankkarte, sodass man auch vor einem Zugriff sicher ist. Diese PIN-Nummer muss der Patient auch freigeben, sodass der Arzt dort Eintragungen vornehmen kann. Also ich weiß nicht, und das hat die Ministerin, glaube ich, sehr ausführlich dargestellt, was da für Datenschutzverfehlungen vorliegen. Auch das hat sie noch mal gesagt, dass die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder von Anfang an – bereits

seit den 90er-Jahren – da mit eingebunden waren. Insofern sehe ich keine Möglichkeit, Ihrem Antrag zuzustimmen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Gajek, Vizepräsidentin des Landtages. Bitte schön.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Hesse hat vieles gesagt,

(Heinz Müller, SPD: Genau.)

Frau Stramm hat vieles gesagt und auch Herr Schubert.

(Marc Reinhardt, CDU: Na, der hat nicht so viel gesagt.)

Ich denke, es gibt viele Punkte. Ein Punkt, der uns immer wieder umtreibt, ist natürlich die Frage des Datenschutzes. Wir wissen, dass nicht mal die Handys gesichert sind, also stellt sich schon die Frage: Wie weit ist dann eine elektronische Gesundheitskarte geschützt?

Aber ich möchte auf zwei Punkte aufmerksam machen. Der erste Punkt ist, es gibt nämlich mündige Patientinnen und Patienten, zumindest sollte es sie geben.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Ich denke, das, was in dem Zusammenhang nicht vergessen werden darf und sollte, ist die Aufklärung, was kann ich freiwillig machen, welche Daten möchte ich reinstellen, welche nicht. Ich denke, das ist eine Auseinandersetzung, die hier im Land geführt wird, die auch im Bund geführt wird und die wichtig ist, weil Patientenrechte dürfen nicht nur eine Worthülse sein, sondern müssen perspektivisch, gerade im Zuge des demografischen Wandels, eingehalten werden.

Ich möchte aber auch für einige positive Punkte sprechen. Ich denke, da gibt es auch keinen Widerspruch. Vielleicht habe ich, wenn ich jünger bin, gesund bin, nicht das Bedürfnis, dass bestimmte Daten auf meiner Gesundheitskarte sind. Wenn ich aber krank werde, eine chronische Erkrankung habe, wo es möglicherweise Nebenwirkungen gibt durch Medikamente, oder ich meine, ich müsste einen anderen Arzt mal fragen, sag mal, ist das, was ich zu mir nehme, eigentlich das, was ich brauche, dann, denke ich, kann so eine Karte auch nützlich sein, insbesondere wenn man durch das Land fährt oder einen Facharzt in einer anderen Stadt aufsuchen muss. Ich denke, diese Chance sollte genutzt werden.

Frau Stramm, auch ich sehe die Ökonomisierung unseres Gesundheitswesens, auch ich kritisiere das immer und insbesondere die Kommerzialisierung, aber – und da ist der Bürger gefragt und die Bürgerin – wir müssen laut sein und wir als Bürgerinnen und Bürger, als Patientinnen oder Patienten dürfen uns auch nicht alles aufhängen lassen. Ich denke, daran müssen wir arbeiten. Da ist diese Gesundheitskarte ein kleines My in dem ganzen Kontext.

Aber wir Bündnisgrüne stehen immer wieder für Datenschutz, für Bürgerrechte. Wir werden Ihren Antrag unter-

stützen, obwohl ich natürlich weiß, dass dieser heute hier abgelehnt wird. Aber ich denke, diese Diskussion muss weitergeführt werden. Patientenrechte/Patientenpflichten, da muss einiges mehr getan werden als mit der elektronischen Gesundheitskarte. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Wippermann von der Fraktion der SPD.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bin jetzt etwas verwirrt, Frau Gajek spricht erst dagegen und dann sagt sie, sie stimmt trotzdem zu. Also, na ja.

Wir freuen uns jedenfalls zusammen mit der Sozialministerin darüber, dass die elektronische Gesundheitskarte nun endlich eingeführt wird. Die meisten von uns haben sie in der Tasche.

Was wir feststellen, ist, dass erst mal ein Foto drauf ist. Was die meisten aber von uns vielleicht gar nicht wissen, ist, dass auch ein Mikroprozessor drauf ist. Der Mikroprozessor hat natürlich die Aufgabe, Daten zu speichern. Letztendlich sollen diese Daten auch verarbeitet werden. Hier beginnt nun die Angst der LINKEN, die ein Schreckgespenst an die Wand malen, also meines Erachtens, das ich so nicht nachvollziehen kann, denn aus datenschutzrechtlicher Sicht wurde alles dafür getan, der Landesdatenschutzbeauftragte hat sein Okay gegeben, der Landesdatenschutzbeauftragte hat sich mir gegenüber auch dahin gehend geäußert, dass das alles in Ordnung ist und die Daten sicher sind.

(Heinz Müller, SPD:
Na also! Was solls dann?)

Eben.

Die Datenübertragung selbst entspricht den neuesten Erfordernissen und Standards sicherer IT-Technik und des Datenschutzes, die durch gesetzliche Vorschriften und technische Maßnahmen sichergestellt wurden und werden. Eigens zu diesem Zweck, nämlich für den sicheren Austausch sensibler medizinischer Daten, wird ein sicheres, vom Internet getrenntes elektronisches Gesundheitsnetz, das sogenannte Telematikinfrastruktur, geschaffen.

(Karen Stramm, DIE LINKE:
Das ist schon geschaffen.)

Zugriff zu diesem Netz haben ausschließlich bekannte und berechnete Nutzer, die ihre Identität elektronisch nachweisen müssen. Dies sind einerseits die Versicherten selbst, die sich mit elektronischer Gesundheitskarte und PIN ausweisen, und andererseits berechnete Leistungserbringer, also Ärzte und Zahnärzte, die sich ebenfalls mit einem elektronischen Heilberufsnachweis und einer PIN als zugriffsberechtigt autorisieren und legitimieren müssen. Dritte, wie zum Beispiel Arbeitgeber oder

Versicherungen, haben somit keine Zugriffsmöglichkeit auf die medizinischen Daten.

Durch den Einsatz der sicheren Telematikinfrastruktur verbunden mit einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Daten während der Datenübertragung und mit dem Zweischlüsselprinzip – das wurde hier auch schon erwähnt, das ist diese Geschichte mit dem PIN während des Einlesens der Daten – kann im Ergebnis festgestellt werden, dass wir uns mit dem System der elektronischen Gesundheitskarte datenschutzrechtlich auf der sicheren Seite befinden und nach meiner Meinung auch einen ausgesprochen hohen Standard von sicherer IT-Technik erreichen.

Die medizinischen Daten der Versicherten werden wirksam vor unberechtigten Zugriffen geschützt. Alle Maßnahmen zum Datenschutz wurden, wie ich bereits sagte, mithilfe des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit abgestimmt, entwickelt und werden auch weiterhin an neueste Standards angepasst.

(Heinz Müller, SPD: Na da können wir doch zufrieden sein.)

Eben.

Die SPD-Fraktion kann somit die Angst der Fraktion DIE LINKE überhaupt nicht nachvollziehen und sieht zusammen mit der Sozialministerin keine Notwendigkeit, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ist dringend notwendig, denn mit der bisherigen Krankenversicherungskarte ist massiver Missbrauch betrieben worden. Dadurch sind Schäden in Milliardenhöhe entstanden. Karten wurden verliehen oder auch verkauft und oftmals, das ist die Wahrheit, an in Deutschland lebende Ausländer.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Och, Mann! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ärzte und Apotheken hätten diese kriminellen Machenschaften zumindest eindämmen können, wenn sie darauf bestanden hätten, dass ihnen die Patienten Personalausweise vorlegen. Aber die meisten weigerten sich. Sie wollten neuen Patienten nicht von vornherein mit Misstrauen begegnen, so sagten sie, und auf das Zusatzgeschäft verzichten wollten sie natürlich auch nicht. Die Beitragszahler standen ja bereit, für all das geradezustehen.

Schon im Jahr 2004 hatte das Bundesgesundheitsministerium beschlossen, diesen Missbrauch abzustellen und die elektronische Gesundheitskarte mit dem Bild der Versicherten einzuführen. Zehn Jahre lang ist es der Multikultilobby gelungen, das Projekt zu verzögern, und nichts anderes versucht der Antrag der LINKEN, indem er datenschutzrechtliche Bedenken vorschiebt. Wir fallen darauf nicht herein.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, nee.)

Die Ausplünderung unserer Gesundheitskassen durch illegale Ausländer muss endlich aufhören. – Wir lehnen Ihren Antrag genauso wie Ihre Multikultipläne ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch mal die Abgeordnete Frau Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Datensicherheit – ein Märchen? Wer das glaubt, ist bestenfalls naiv. Wie einfach Daten zu knacken sind, haben NSA und Co eindrucksvoll vorgemacht. Uns ist allen noch die Schlagzeile, dass selbst das Handy der Kanzlerin abgehört wurde, allgegenwärtig. Und sie sind mit ihrem Latein noch nicht am Ende. Quantencomputer sollen künftig auch jene Verschlüsselungssysteme aushebeln, die dem elektronischen Gesundheitskartensicherheitskonzept zugrunde liegen.

Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte beschäftigt die Politik auch hier im Landtag seit Jahren. Sie wird seit 2006 von Pleiten, Pech und Pannen begleitet.

(Vincent Kokert, CDU:
Wer? Die Landesregierung?)

Jetzt sollen die Krankenkassen bei der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte geschludert haben,

(Marc Reinhardt, CDU: Was?)

als sie die Fotos ihrer Versicherten einsammelten.

Die neue elektronische Gesundheitskarte, die nach Angaben der gesetzlichen Krankenkassen mittlerweile 55 bis 60 Millionen Bürger besitzen, könnte nutzlos sein, da auf die Prüfung der Fotos verzichtet wurde. Die Krankenkassen sind verpflichtet, bei der Ausstellung der elektronischen Gesundheitskarten die Übereinstimmung des auf der Karte aufgedruckten Lichtbildes der Person mit dem Inhaber sowie der zukünftig auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeicherten weiteren Sozialdaten zu verifizieren. Dieses wird bislang nicht durchgeführt, was problematisch ist, da zukünftig sensible Daten auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden sollen. Dem widersprechen die Kassen und das Bundesgesundheitsministerium.

Das Bundesgesundheitsministerium wies die Kritik der LINKEN und GRÜNEN jüngst im Ausschuss für Gesundheit zurück und erklärte, es sei alles korrekt gelaufen, Zitat: „Es ist unbestritten, dass die richtige Zuordnung der Daten der Gesundheitskarte zum Karteninhaber gewährleistet sein muss. Dafür ist neben weiteren Maßnahmen auch eine Identifizierung des Versicherten erforderlich, die jedoch nicht zum Zeitpunkt der Lichtbildübermittlung durchzuführen ist.“ Zitatende.

Wann noch geprüft wird, ob der Karteninhaber auch der Mensch auf dem Foto ist, ließ das Ministerium offen. Dabei sagt das Gesetz, dass im Übrigen schon gilt, ganz klar, wenn man auf Sozialdaten wie persönliche Gesundheitsangaben zugreift – und sei es nur, um zu sehen, wo jemand versichert ist –, dann muss dessen Identität juristisch geprüft sein.

Die neue Gesundheitskarte wurde auch eingeführt, um Missbrauch zu verhindern, wir haben es ja hier gehört, denn das Foto gibt der Kassenkarte einen Status ähnlich dem eines Personalausweises. Durch die Fotopanne ist dies nun ad absurdum geführt. Dabei ist die Karte selbst gar nicht das Problem, sondern das, was sie können soll. In der letzten Stufe soll sie als Zugang und Schlüssel zur elektronischen Patientenakte dienen, einer Sammlung aller Dokumente, die bei Ärzten, Krankenhäusern und anderen Therapeuten über einen Patienten angelegt werden. Solche Sammlungen von Dokumenten auf zentralen Servern abzulegen, birgt erhebliche Risiken, so die Datenschützer. Und da hat sich auch Herr Schaar inzwischen revidiert, obwohl er ja gar nicht mehr der Datenschutzbeauftragte ist.

Während in Deutschland die Regierung zur Einführung der neuen Karte erheblichen Druck auf die Krankenkassen ausübt, werden anderswo vergleichbare Projekte bereits wegen Undurchführbarkeit beerdigt oder sie stehen ebenfalls vor großen Problemen. So berichtete schon am 23. September 2011 eine britische Zeitung über den Stopp eines Megaprojekts des nationalen Gesundheitsdienstes zur technischen Aufrüstung des Gesundheitswesens und zum Aufbau eines Systems elektronischer Patientenakten, in das bereits 14,5 Millionen Euro geflossen sein sollen. Das ist etwa ebenso viel, wie in Deutschland als pessimistische Annahme die Kosten für die elektronische Gesundheitskarte und die Telematikinfrastruktur geschätzt werden.

Aus Tschechien wurde im Juli 2012 berichtet, dass das dortige Projekt einer elektronischen Gesundheitskarte mit zentraler Datenspeicherung aufgegeben wurde, nachdem 80 Millionen Euro versenkt worden waren. Auch in Österreich formieren sich die Gegner der elektronischen Gesundheitsakte mit dem Hinweis auf die mangelnde Sicherheit, nicht zuletzt nachdem Ärzte massenhaft Patientendaten an eine Pharmafirma verkauft hatten.

Und aus Frankreich meldet die „ÄrzteZeitung“, das schon vor zehn Jahren eingeführte E-Card-Projekt werde sogar vom Rechnungshof als Rohrkrepierer bezeichnet. Das Projekt, das eine halbe Milliarde Euro gekostet habe, werde von Ärzten und Patienten kaum genutzt. Und das ist ja hier auch vorgesehen angeblich, dass es freiwillig ist.

Sensible medizinische Daten gehören in die Hand des Patienten. Sobald Arztpraxen und Krankenhäuser online mit den Rechenzentren verbunden sind, kann es vorbei sein mit dem Schutz der Patientendaten. Die Schweigepflicht von Ärzten wird damit unterlaufen und der Bürger verwandelt sich in einen gläsernen Patienten. Aber Arztbriefe, Krankenhausberichte und Laborbefunde gehören in die Hand der Patientinnen und Patienten.

In der jetzigen Form öffnet die elektronische Gesundheitskarte dem Missbrauch der Bürger und ihrer Daten erst die Türen. Das gilt es zu verhindern, denn die Interessen von Gesundheitskonzernen und IT-Wirtschaft dürfen nicht über den Grundrechten stehen. Daher sind die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Und, meine Damen und Herren, wie ernst die Menschen das Problem betrachten, sieht man, wenn man am 28.03. in der „Ostsee-Zeitung“ liest, wie praktisch Anwälte und Ärzte sich an den Ministerpräsidenten wenden mit dieser Problematik. Das ist doch bitte ernst zu nehmen!

Hier ist jetzt mehrfach erwähnt worden, dass es ja eine ach so sichere PIN-Nummer gibt. Die PIN-Nummer besteht aus acht Stellen, sagen wir mal.

(Marc Reinhardt, CDU: Die könnte ich mir gar nicht merken.)

Sehen Sie, sehen Sie, die können Sie sich nicht merken,

(Andreas Butzki, SPD: Na ja, es kommen ja auch nicht alle aus Neukalen. – allgemeine Heiterkeit)

aber eine 90-jährige Oma soll sich die merken, ne?! Sie kann sich die ja auch auf die Karte malen, die Nummer, damit sie sie nicht vergisst – ich meine, nur noch mal zur Sicherheit. Und dann stellen wir uns auch noch mal diesen Zeitverzug vor. Die Oma kommt in die Arztpraxis, sie will ...

(Heinz Müller, SPD: Altersdiskriminierung.)

Ich bin auch noch nicht 90, ne?!

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie eigentlich eine Gesundheitskarte?)

Ich sage, sie kommt in die Arztpraxis, sie möchte ein Rezept haben. Wir haben gerade gehört von der Ministerin, als Erstes sollen ja die Rezepte verpflichtend werden. Dann gibt sie also ihre Karte da ein, sagt, sie möchte die und die Medikamente, die sie immer hat. Dann kommt der Arzt, schiebt ebenfalls seine Karte ein, gibt auch seine sechsstelligen Nummer ein.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem das ganze Prozedere abgelaufen ist, sagt sie, ach, und meine Herztabletten, die habe ich aber auch noch, die brauche ich auch noch. Dann geht das Prozedere wieder von vorne los. Ich meine nur mal, es dauert im Übrigen nur wegen der Praktikabilität Stunden.

(Marc Reinhardt, CDU: Das spielt sich ein.)

Ja, aber wie gesagt, das nur mal zum mündigen Bürger.

Wir sehen doch jetzt schon, was für ein Druck auf die Krankenkassen ausgeübt wird, denn das Projekt kostet erheblich viel Geld, und es ist am Ende übrigens Geld der Versicherten. Da glaubt doch hier keiner, dass da kein Druck ausgeübt wird. Ich meine, da sind Zweifel schon angebracht. Ich bin, wie gesagt, der Auffassung, dass die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen sind.

Enden möchte ich hier mit einem Zitat von Bertolt Brecht,

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich!)

welches an Klarheit und Wahrheit nicht leicht zu übertreffen ist:

(Heinz Müller, SPD: Bekannt, für den Datenschutz bekannt.)

„Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.“ – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Stramm.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2827. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. –

(Jochen Schulte, SPD:
Frau Präsidentin, ich will weitermachen.)

Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich würde gerne noch das Ergebnis vortragen, Herr Butzki, ich würde gerne jetzt hier noch das Ergebnis vortragen.

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2827 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und keinen Stimmenthaltungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages ...

(allgemeine Unruhe)

Ich möchte dies noch in Ruhe verlesen, sonst hören Sie das nicht und haben es nachher nicht gehört.

(Heinz Müller, SPD: Wer nicht hört, hört nicht,
das ist klar, dann habe ich es nicht gehört.)

Also, ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 14. Mai 2014, 10.00 Uhr ein. Ich wünsche allen ein schönes Wochenende und ein schönes Osterfest. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.23 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Michael Andrejewski, Rudolf Borchert, Tilo Gundlack, Dagmar Kaselitz, Detlef Müller, Peter Ritter und Erwin Sellering.